

# Die Konjunktur in den westlichen Industriestaaten

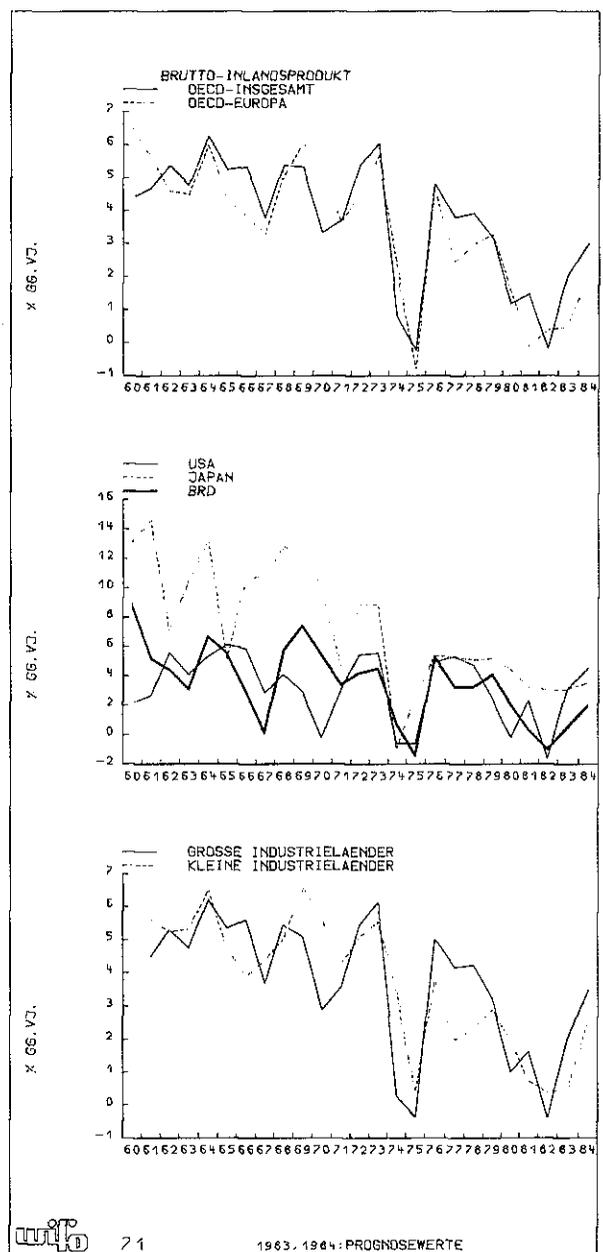
## Die Konjunkturlage im Frühjahr 1983 und Prognosen für 1983 und 1984

Eine der am längsten dauernden Rezessions- und Stagnationsphasen der Weltwirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg dürfte nun zu Ende gehen. Anfang 1980 begann die zweite schwere Rezession seit 1974/75. Der zweite Erdölpreisschock löste sie 1979/80 aus. Verstärkt und verlängert wurde sie dann durch die restriktive Wirtschaftspolitik in fast allen Industrieländern. Die Inflationsgefahr wurde höher bewertet als die zunehmende Arbeitslosigkeit (dies gilt vorwiegend für die USA, für Großbritannien und für die BRD). Durch die Erdölpreiskrise war die Inflationsrate im Durchschnitt der Industrieländer wieder auf fast 13% gestiegen, und daran knüpfte sich die Erwartung auf ein weiteres Steigen. Man versuchte die Inflation mit einer restriktiven Geldpolitik (Hochzinspolitik, ausgehend von den USA) einzudämmen. Andererseits legten die bereits seit der ersten Rezession kaum abgebauten hohen Budgetdefizite in den meisten Ländern eine Sanierung der Staatsbudgets und damit eine restriktive fiskalpolitische Haltung nahe. Dazu kommt noch, daß in den größten Industrieländern (USA, BRD, Großbritannien) auch wirtschaftspolitisch in den letzten Jahren ein Wandel von einer nachfrageseitigen (keynesianischen) zu einer mehr angebotsseitigen Wirtschaftspolitik (Steuerkürzungen verbunden mit einer monetaristischen, d. h. straffer Geldpolitik) vor sich ging<sup>1)</sup> Durch diese wirtschaftspolitische Konstellation mündete die Rezession in eine Stagnationsphase, die bis gegen Ende 1982 anhielt. Die deflationistischen Effekte der zweiten Erdölpreiskrise sind zwar 1980/81 ausgelaufen. Doch dann verhinderte die extreme Hochzinspolitik — sie brachte ausgehend von den USA 1981 eine in der jüngeren Vergangenheit beispiellose sprunghafte Erhöhung der Realzinsen — ein Anspringen der Konjunktur. Seit 1980 hat das reale BIP in den Industrieländern insgesamt drei Jahre hintereinander nahezu stagniert (Wachstumsraten 1980 +1,2%, 1981 +1,5%, 1982 -0,2%). Eine derartig lange Phase der "Quasi-Stagnation" hat es nach dem Zweiten Weltkrieg noch nicht gegeben. In der Rezession 1974/75 stagnierte die Wirtschaftsaktivität insgesamt nur zwei Jahre lang. Allerdings waren die Wachstumsraten vor der Rezession (1973 +6%) und nach der Rezession (1976 +5%) viel höher als

sie es vor der gegenwärtigen Rezession waren (1979 +3%) bzw. nach dieser Rezession voraussichtlich sein werden (1983 +2%, 1984 +3%) Wie aus Abbildung 1 deutlich ersichtlich ist, müssen die westlichen Industrieländer seit der ersten Erdölpreiskrise mit einem "Wachstumsregime" vorliebneh-

Abbildung 1

Wirtschaftswachstum in den Industriestaaten



<sup>1)</sup> Siehe F. Breuss: Der theoretische Gehalt der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. Wirtschaftspolitische Blätter 1/1983 S. 14ff

## Brutto-National- und -Inlandsprodukt

	Gewicht in % des OECD-BNP 1981	Durchschnittliches Wachstum		1979	1980	1981	1982	1983	1984
		1968/1973	1974/1981						
						Veränderung gegen das Vorjahr in % zu konstanten Preisen			
USA	38.5	3.3	2.2	2.4	-0.3	2.3	-1.7	3.0	4.5
Japan	14.8	9.7	3.7	5.1	4.4	3.2	3.0	3.0	3.5
BRD	9.0	4.3	2.1	4.1	1.9	-0.2	-1.1	0.5	2.0
Frankreich	7.5	5.5	2.5	3.3	1.1	0.2	1.5	-0.5	0.5
Großbritannien	6.5	3.2	0.5	1.6	-2.0	-2.0	1.2	2.0	2.5
Italien	4.6	5.3	2.4	4.9	3.9	-0.2	-0.3	-0.5	2.0
Kanada	3.5	5.3	3.0	3.2	0.5	3.8	-4.8	2.0	4.5
Große Industrieländer	84.4	4.9	2.4	3.2	1.0	1.6	-0.4	2.0	3.5
Spanien	2.4	6.4	2.1	0.2	1.5	0.3	1.1	2.0	2.0
Australien	2.1	5.7	2.6	4.2	1.5	4.1	0.2	-1.0	4.0
Niederlande	2.0	5.5	1.8	2.1	0.9	-1.2	-1.6	-0.5	1.5
Schweden	1.5	3.6	1.6	4.3	1.9	-0.6	0.5	2.0	2.5
Belgien	1.3	5.2	1.9	2.4	3.0	-1.8	-0.3	0.0	1.5
Schweiz	1.2	4.1	0.5	2.5	4.6	1.9	-1.3	-0.5	2.0
Österreich	0.9	5.0	2.6	4.8	3.2	0.0	1.1	1.0	1)
Dänemark	0.8	4.0	1.4	3.7	-1.1	0.1	2.6	1.0	1.0
Türkei	0.8	5.9	4.4	-0.9	-0.8	4.4	4.4	3.5	4.5
Norwegen	0.7	4.1	4.2	5.1	3.9	0.8	-0.0	0.5	2.5
Finnland	0.6	5.4	2.7	7.6	6.0	1.3	0.9	1.5	3.5
Griechenland	0.5	7.6	2.9	3.7	1.5	-0.7	0.0	-0.5	1.0
Neuseeland	0.3	3.7	1.4	0.9	-0.1	4.0	-0.7	-0.5	2.0
Portugal	0.3	7.6	2.9	6.6	4.1	0.5	3.3	2.0	2.0
Irland	0.2	5.3	3.4	2.4	2.8	1.1	2.1	0.5	2.0
Luxemburg	0.0	5.4	1.0	4.0	1.5	-1.9	-1.6	-1.0	1.5
Island	0.0	4.2	3.4	4.8	3.9	1.9	-3.5	-2.5	-0.0
Kleine Industrieländer	15.6	5.3	2.2	2.9	2.0	0.8	0.4	0.5	2.5
OECD insgesamt	100.0	4.7	2.3	3.2	1.2	1.5	-0.2	2.0	3.0
OECD-Europa	40.8	4.8	2.0	3.2	1.4	-0.3	0.4	0.5	2.0
EG <sup>2)</sup>	32.4	4.7	2.0	3.3	1.1	-0.6	0.2	0.5	1.5
EFTA	5.2	4.5	2.0	4.6	3.6	0.6	0.3	1.0	2.5

Q: OECD nationale und eigene Schätzungen — 1) Österreich-Prognose für 1984 wird im Juni erstellt — 2) Einschließlich Griechenland

men, das durch Wachstumsraten gekennzeichnet ist, die um die Hälfte niedriger sind als jene der sechziger Jahre ("Niedrigwachstumsregime") (siehe auch die durchschnittlichen Wachstumsraten in Übersicht 1). Man ersieht aus Abbildung 1 weiters, daß der erste Erdölpreisschock den Konjunkturverlauf in den Industrieländern stark synchronisierte. Während in den sechziger Jahren die Konjunkturwendepunkte in Europa (repräsentiert durch die BRD) leicht, in Japan aber stark von den USA abwichen, ist es in den drei wichtigsten Ländern innerhalb der OECD seit 1974 zu einem Gleichklang des Konjunkturverlaufs bei unterschiedlichen Wachstumsraten gekommen.

In den OECD-Ländern insgesamt hat sich das durchschnittliche Wirtschaftswachstum von 4% bis 5% in den sechziger Jahren auf rund 2% seit 1974 verringert. Länderweise war der "Wachstumsverlust" sehr verschieden. Besonders augenfällig ist die geringe Abnahme in den USA (1 bis 2 Prozentpunkte) und die extrem hohe in Japan (6 Prozentpunkte). In Europa und in der BRD erreicht der "Wachstumsverlust" wie im Durchschnitt der Industrieländer über 2 Prozentpunkte (siehe Abbildung 1 und Übersicht 1).

Ein ähnliches Bild ergibt sich in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Die Gründe für die Verlangsamung des Produktivitätswachstums seit 1974, von

der alle Industrieländer erfaßt wurden, sind vielfältig<sup>2)</sup>. Sie sollen hier stichwortartig und ohne Anspruch auf Vollständigkeit aufgezählt werden:

- Ausfall effektiver Nachfrage,
- geringere Gewinne und gewinnbringende Investitionsmöglichkeiten,
- Erdölpreisschocks und steigende Inflation (serwartungen) führten tendenziell zu einer restriktiveren Wirtschaftspolitik,
- Aufholeffekte (Länder mit geringerem Entwicklungsstand orientieren sich am höchstentwickelten Land, den USA),
- institutionelle Ereignisse (Zusammenbruch des Bretton-Woods-Währungssystems),
- die Neue Konkurrenz von seiten der "Schwellenländer" (NIC's) und der Glaube an die Mechanik langer Konjunkturwellen (Kondratieff-Zyklen), wonach auf eine Welle des Booms (1945/1973) mit Notwendigkeit eine Phase der Abschwächung (seit 1974) folgen muß.

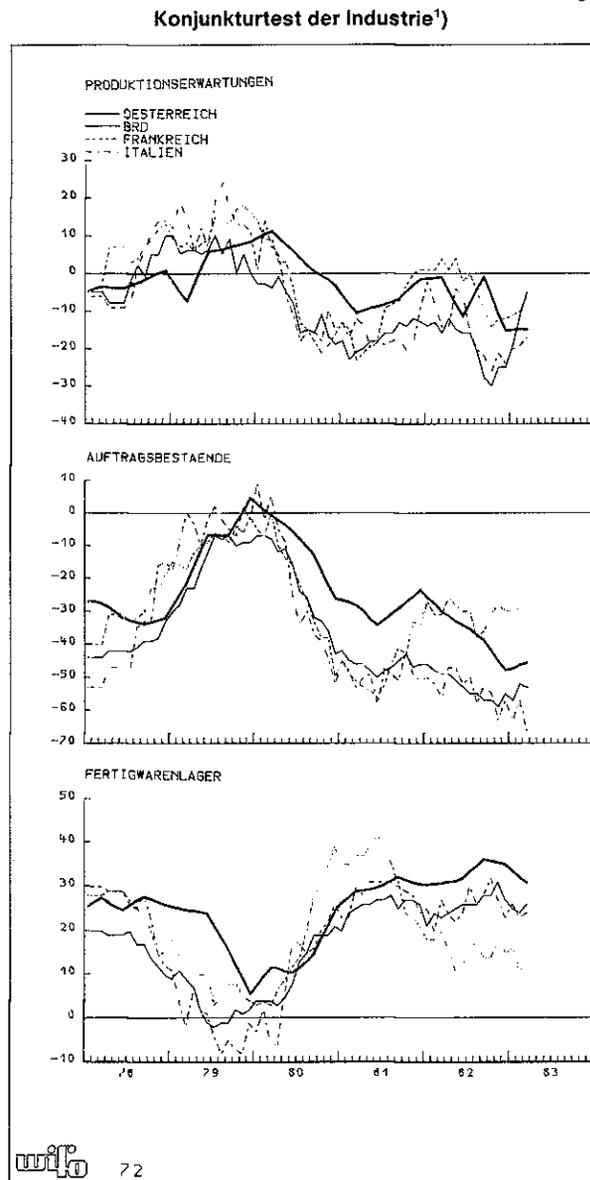
<sup>2)</sup> Siehe R. C. O. Matthews (Hrsg.): *Slower Growth in the Western World*, Heinemann, London 1982, und A. Steinherr: *The Great Depression: A Repeat in the 1980s*, Economic Papers, Nr. 10 Commission of the European Communities, November 1982

Die einzig gesicherte Aussage in diesem Zusammenhang ist, daß das "Rätsel der Verlangsamung des Produktivitätswachstums" nicht monokausal zu erklären sein dürfte.

Die jüngsten Konjunkturdaten, allen voran die Erwartungsindikatoren (Konjunkturklima u. a., siehe die Abbildungen 2 und 5 bis 8) und die vorausseilenden Indikatoren deuten seit Ende 1982/Anfang 1983 mit zunehmender Sicherheit darauf hin, daß in diesem Jahr mit einer Konjunkturbelebung zu rechnen ist. Auch die Rahmenbedingungen dafür haben sich seit Herbst deutlich verbessert: Die Geldpolitik wurde, nachdem sich der Preisauftrieb zunehmend verlangsamt hatte, gelockert. Das nominelle Zinsniveau sinkt seit Mitte 1982. Eine wesentliche Entlastung kommt von der Erdölpreissenkung im März. Dadurch wird die Inflationsrate im OECD-Raum um etwa 1 Prozentpunkt gedrückt; durch die Terms-of-Trade-Verbesserung erhöht sich das reale BIP in der OECD um ½ Prozentpunkt, und die Leistungsbilanzen der Industrieländer können um 15 Mrd. \$ entlastet werden. Diesen positiven Effekten stehen auch negative gegenüber: Die OPEC-Länder werden infolge des Einnahmenausfalls aus dem Erdölverkauf ihre Industriewarenimporte weiter drosseln. Die Fiskalpolitik wird, mit Ausnahme der USA, in den meisten Industrieländern restriktiv bleiben, d. h., die Budgetsanierung steht im Vordergrund. Trotz fallender Nominalzinsen sind die Realzinsen immer noch sehr hoch, was das Investitionsklima dämpft.

Obwohl diese Einflußfaktoren in den einzelnen Ländern unterschiedlich wirken werden, zeichnet sich doch seit Ende 1982 ein einheitliches Entwicklungsmuster der Konjunktur ab. In den USA hat die Inlandsnachfrage bereits deutlich zugenommen, wobei die Hausbauinvestitionen, aber auch der private Konsum dominieren. In Japan wird die Belegung der Inlandsnachfrage vom privaten Konsum getragen, dessen Wachstum auf dem "Realkasseneffekt" der stark zurückgehenden Inflation beruht. In Europa hingegen ist die Inlandsnachfrage noch immer relativ schwach. Auch hat der Anstieg des Dollarkurses gegenüber den europäischen Währungen die Verbesserung der Terms of Trade infolge niedrigerer Erdölpreise kompensiert. Der Lageraufbau spielt gegenwärtig eine geringere Rolle, als man nach den Erfahrungen aus früheren konjunkturellen Aufschwungphasen erwartet hätte. Von den internationalen Prognosestellen wird davon ausgegangen, daß sich das Grundmuster der Konjunkturbelebung im Verlauf dieses Jahres weiter verstärken wird, und daß es 1984 bereits zu einem selbsttragenden Konjunkturaufschwung kommen könnte. Allerdings sind die positiven Kräfte schwächer und die negativen stärker als am Beginn früherer Konjunkturaufschwünge. Daraus erklärt sich auch, daß für die prognostizierte Konjunkturbelebung ein geringeres Beschleunigungstempo angenommen

Abbildung 2



Q: EG-Kommission. Konjunkturaussichten, Europäische Wirtschaft, Beiheft B; WIFO. — <sup>1)</sup> Saisonbereinigte Salden aus den optimistischen (+) und pessimistischen (–) Unternehmerantworten

wird. Der prognostizierte Konjunkturaufschwung wird im wesentlichen von der Inlandsnachfrage getragen werden. Dies gilt besonders für die USA und für Japan, weniger für Europa. In Europa wird sich die Inlandsnachfrage nur sehr langsam beleben, jedoch könnte ein leicht positiver Impuls vom Außenbeitrag kommen.

Ob der prognostizierte Konjunkturaufschwung selbsttragend werden wird, hängt von einer Reihe von Faktoren ab, von denen zwei besonders unsicher sind: die Zukunft der Erdölpreise und die Importnachfrage der Nicht-Industrieländer, besonders der OPEC.

Die größten Hoffnungen sind gegenwärtig auf die

	Gewicht <sup>1)</sup> in %	Industrieproduktion					Übersicht 2	
		1979	1980	1981	1982	1983	1984	
		Veränderung gegen das Vorjahr in %						
USA	35,5	4,4	-3,6	2,7	-8,2	2,5	6,0	
Japan	13,0	8,2	6,8	3,1	1,1	1,5	4,0	
BRD	14,3	5,4	-0,2	-1,4	-2,4	-1,0	2,5	
Frankreich	8,4	4,5	-0,8	-2,3	-1,5	-2,0	0,5	
Großbritannien	5,5	3,8	-6,8	-3,8	0,6	1,5	3,0	
<i>Manufacturing<sup>2)</sup></i>		0,2	-8,4	-6,6	-1,1	0,5	2,5	
Italien	4,9	6,7	5,2	-2,2	-2,8	-2,0	3,0	
Kanada	3,4	6,1	-1,7	1,7	-10,8	-0,5	7,0	
Große Industrieländer	85,0	5,3	-0,8	0,8	-4,4	1,0	4,0	
Spanien	2,5	0,7	1,3	-1,0	-1,0	0,5	2,0	
Australien	1,7	5,4	0,3	2,4	-4,8	0,0	3,0	
Niederlande	2,0	3,1	-0,1	-1,7	-3,3	-1,5	2,0	
Schweden	1,7	7,2	-0,2	-2,7	-1,4	1,0	2,0	
Belgien	1,6	4,6	-1,3	-2,9	0,4	0,0	1,0	
Schweiz	2,2	1,6	5,8	-0,4	-4,2	-0,5	3,0	
Österreich	1,0	7,5	2,9	-2,4	-1,0	0,5	<sup>3)</sup>	
Norwegen	0,7	7,2	6,1	-0,2	-1,1	-0,5	3,0	
<i>Manufacturing<sup>2)</sup></i>		2,0	1,3	-1,2	-2,3	-1,0	2,0	
Finnland	0,6	10,6	7,9	3,2	-1,3	-1,0	3,0	
Griechenland	0,3	6,1	1,0	-0,8	-4,1	-2,0	1,0	
Portugal	0,4	7,2	5,4	0,5	5,3	1,0	2,0	
Irland	0,2	6,7	-1,8	1,5	0,6	0,0	1,0	
Luxemburg	0,1	3,4	-3,3	-6,8	-3,7	0,0	1,0	
Kleine Industrieländer	15,0	4,4	1,8	-0,9	-2,0	-0,0	2,0	
OECD insgesamt	100,0	5,2	-0,4	0,6	-4,0	0,5	4,0	
OECD-Europa	46,4	4,9	0,1	-1,9	-1,7	-0,5	2,0	
EG <sup>4)</sup>	37,3	5,0	-0,6	-2,1	-1,7	-1,0	2,0	
EFTA	6,6	5,7	4,0	-0,9	-1,8	0,0	2,5	

Q: OECD nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> In Prozent der OECD-Industriewertschöpfung 1975 — <sup>2)</sup> Ohne Erdölproduktion — <sup>3)</sup> Österreich-Prognose für 1984 wird im Juni erstellt — <sup>4)</sup> Einschließlich Griechenland

Konjunktorentwicklung in den USA gerichtet, wo die Belebung am weitesten fortgeschritten ist. Entscheidend wird sein, in welchem Ausmaß die US-Konjunktur die Wirtschaftsentwicklung in den anderen Industriestaaten beeinflussen kann. Nach Simulationen der OECD kann ein ständiges Wachstum des realen BNP in den USA um 1 Prozentpunkt (unter der Annahme einer akkomodierten Geldpolitik in allen Ländern und fixer Wechselkurse) beginnend mit 1983 (infolge der Steigerung der öffentlichen Ausgaben) in Europa das reale BIP um 0,1 Prozentpunkt im ersten Jahr und ansteigend bis 0,3 Prozentpunkte im dritten Jahr zusätzlich anheben. Der Einfluß auf das japanische BIP-Wachstum wäre noch stärker, nämlich von 0,2 Prozentpunkten zusätzlichem Wachstum im ersten Jahr bis zu 0,4 Prozentpunkten im dritten Jahr. Etwas anders ist das Bild, wenn eine nicht-akkomodierte Geldpolitik unterstellt wird. Dann würden die Zinsen in allen Ländern tendenziell steigen. Die Wachstumseffekte wären dennoch — wenn auch geringfügig weniger — positiv. Käme es zu einer Abwertung des Dollars, so würde sich das reale BIP außerhalb der USA kaum verändern. Würde dagegen der Dollar weiter aufgewertet werden, so wäre der Wachstumsimpuls für alle anderen Länder anfangs stärker, er könnte aber durch eine neuerlich restriktive Geldpolitik außerhalb der USA, um einen wechsellkursinduzierten Inflationsauftrieb einzudämmen, wieder zunichte gemacht werden.

Übersicht 3

	Arbeitslosenraten					
	1979	1980	1981	1982	1983	1984
	in %					
USA	5,8	7,1	7,6	9,7	10,5	10,0
Japan	2,1	2,0	2,2	2,4	2,8	3,0
BRD	3,8	3,9	5,6	7,6	9,0	9,5
Frankreich	6,0	6,4	7,3	8,7	9,5	10,5
Großbritannien	5,4	6,8	10,6	12,0	13,0	13,5
Italien	7,7	7,5	8,4	9,1	9,8	10,0
Kanada	7,5	7,5	7,6	11,0	12,5	12,0
Große Industrieländer <sup>1)</sup>	5,1	5,8	6,7	8,3	9,1	9,1
Spanien	9,2	11,8	14,4	16,3	17,0	17,5
Australien	6,2	6,1	5,8	7,1	8,0	8,0
Niederlande	5,1	5,8	9,1	12,4	15,0	15,5
Schweden	2,1	1,9	2,5	3,2	3,5	4,0
Belgien	10,9	11,8	14,3	16,6	18,5	19,5
Schweiz	0,3	0,2	0,2	0,4	0,5	0,5
Österreich	2,0	1,9	2,4	3,7	4,5	<sup>2)</sup>
Dänemark	6,0	6,9	9,2	9,8	10,8	11,5
Türkei	15,0	15,8	16,5	17,5	19,0	19,5
Norwegen	1,3	1,1	1,5	2,1	2,2	2,2
Finnland	6,2	4,9	5,3	6,2	7,0	7,0
Griechenland	1,8	1,9	4,4	6,0	8,0	9,0
Neuseeland	5,0	6,3	6,3	7,0	7,5	8,0
Portugal	8,2	7,8	8,2	7,7	9,0	9,5
Irland	7,5	8,3	10,5	12,8	15,0	16,0
Luxemburg	0,7	0,7	1,0	1,5	1,8	2,0
Island	0,5	0,6	0,4	0,7	1,0	1,5
Kleine Industrieländer <sup>1)</sup>	5,9	6,5	7,9	9,4	10,5	10,9
OECD insgesamt <sup>2)</sup>	5,2	6,3	7,1	8,4	9,5	9,7
OECD-Europa <sup>2)</sup>	5,5	7,1	8,4	9,6	11,0	11,5
EG <sup>4)</sup>	5,6	6,1	8,1	9,7	10,8	11,5
EFTA <sup>1)</sup>	2,4	2,1	2,5	3,1	3,5	3,7

Q: OECD, EG, nationale und eigene Schätzungen. — <sup>1)</sup> Gewichtet mit BNP-Anteilen laut Übersicht 1. — <sup>2)</sup> Österreich-Prognose für 1984 wird im Juni erstellt — <sup>3)</sup> Die Aggregate errechnen sich aus der Summe der Arbeitslosen dividiert durch die Summe des Arbeitskräfteangebotes laut OECD — <sup>4)</sup> Einschließlich Griechenland

Aus diesen Überlegungen ergeben sich für die OECD-Länder folgende Prognosen. Das reale BIP wird in der OECD insgesamt 1983 im Jahresdurchschnitt um 2% und 1984 um 3% wachsen. In Europa ist die Entwicklung schwächer (+1/2% und +2%) (Übersicht 1). Das Problem der Arbeitslosigkeit kann durch diesen, im Vergleich zu früheren Konjunkturaufschwüngen, sehr mäßigen Aufschwung mit unterdurchschnittlichen Wachstumsraten noch nicht entschärft werden.

Die Arbeitslosenrate in der OECD insgesamt wird von 8 1/2% im Jahr 1982 auf 9 1/2% 1983 und noch etwas mehr im Jahre 1984 steigen. Das Wachstumstempo wird sich also nicht weiter beschleunigen. In einigen wenigen Ländern wird die Rate sogar absolut zurückgehen (USA, Kanada) oder gleich bleiben. Ende 1984 dürften nach diesen Schätzungen in der gesamten OECD etwa 35 1/2 Mill. und in Europa fast 20 Mill. Personen arbeitslos sein (Übersicht 3)

## Preise und Löhne

### Rohstoffpreise

Die Situation auf den internationalen Rohwarenmärkten hat sich in den ersten Monaten dieses Jahres deutlich verändert. Die über zwei Jahre anhaltende Stagnationsphase in den westlichen Industrieländern hat auch die Notierungen der internationalen Rohstoffpreise kräftig gedrückt. Der HWWA-Index (auf Dollarbasis) insgesamt ist im Jahresdurchschnitt 1982 um 5% (ohne Energierohstoffe sogar um 13%) gesunken. Im I. Quartal 1983 ist zwar der Index insgesamt um 1 1/2% im Vergleich zum Vorquartal zurückgegangen, ohne Energierohstoffe hat er aber bereits wieder deutlich angezogen (+3 1/2%)

Die Preise für *Industrierohstoffe*<sup>3)</sup> stiegen im I. Quartal 1983 um 3 1/2%. Besonders stark war der Preisauftrieb bei NE-Metallen. Die Verteuerung von Industrierohstoffen erklärt sich aber nur zum Teil aus der wieder zunehmenden Nachfrage. Es gibt auch eine Reihe von angebotsseitigen Maßnahmen, die den Preisauftrieb begünstigten. Die Produktion von NE-Metallen, Stahl, Baumwolle u. a. wurde nämlich in den vergangenen Monaten laufend der geringeren Nachfrage angepaßt, und bei Zinn und Kautschuk sind die preisstabilisierenden internationalen Abkommen zunehmend effektiver geworden.

Auf den Weltmärkten für *Nahrungs- und Genußmittel* ist das Preisniveau, gemessen am HWWA-Index, bis zum Herbst 1982 auf den tiefsten Stand seit dem Frühjahr 1976 gefallen. Seit Jahresende 1982 ziehen die Preise in zunehmendem Maße an. Auf dem Weltgetreidemarkt 1982/83 sind die Preise infolge eines Überschußangebotes stark gefallen. Zu Jahresbeginn 1983 haben sie sich erhöht, vorwiegend wegen der Erwartung, daß die Weltweizenproduktion und damit das Weltangebot 1983/84 sinken wird. Vor allem in den USA wurden durch Zuschußprogramme etwa 35% der Weizenanbaufläche stillgelegt. Trotz erwarteter Überproduktion von Sojabohnen in der Saison 1982/83 haben die Preise auch in diesem Bereich zu Jahresbeginn leicht angezogen. Eine Hauptursache dürfte in der Erwartung liegen, daß das Weltangebot in der Saison 1983/84 wieder zurückgehen wird, da vor allem die amerikanischen Farmer die Anbaufläche wieder einschränken werden. Im Herbst 1982 ist die Phase des sinkenden Zuckerpreises zum Stillstand gekommen. Seither haben sich die Preise etwas gefestigt. Bei Kaffee kam es 1982/83 als Folge der Frost-

<sup>3)</sup> Siehe dazu eine detaillierte Besprechung in *E. Volk: Entwicklung und Prognose der Weltmarktpreise für Industrierohstoffe* in diesem Heft.

### Übersicht 4

Entwicklung der Weltrohstoffpreise  
HWWA-Index<sup>1)</sup>

	Gewicht in %	1980	1981	1982	1982			1983	1983	1984
		Ø	Ø	Ø	II Qu	III Qu	IV Qu	I Qu	Ø	Ø
					Veränderung gegen die Vorperiode in %					
Gesamt	100.0	47.9	6.5	- 5.0	- 2.7	- 1.3	- 0.5	- 1.3	- 9.0	2.0
Gesamt ohne Energierohstoffe	36.8	13.7	- 13.9	- 13.2	- 3.2	- 5.8	- 2.5	3.5	2.0	10.0
Nahrungs- und Genußmittel	15.9	15.5	- 16.2	- 15.9	- 6.5	- 6.1	0.9	3.6	1.0	5.0
Getreide	4.6	14.7	1.0	- 19.6	- 1.6	- 8.4	- 4.1	10.0	8.0	7.0
Ölsaaten Öle	2.9	- 6.0	- 0.9	- 18.0	1.7	- 11.2	- 5.4	3.9	- 1.0	12.0
Genußmittel Zucker	8.4	23.0	- 26.1	- 13.4	- 11.2	- 3.3	5.2	0.9	- 2.0	3.0
Industrierohstoffe	20.9	12.5	- 12.4	- 11.4	- 1.1	- 5.5	- 4.5	3.5	3.0	13.0
Agrarische Industrierohstoffe	10.1	15.1	- 10.9	- 13.2	1.2	- 9.0	- 7.6	1.6	- 2.0	14.0
NE-Metalle	6.1	9.0	- 15.7	- 13.8	- 8.5	- 1.1	- 1.4	7.9	11.0	17.0
Eisenerz Schrott	4.7	12.2	- 10.3	- 2.7	5.9	- 3.4	- 2.0	0.9	5.0	6.0
Energierohstoffe	63.2	65.1	13.6	- 2.9	- 2.5	- 0.2	- 0.1	- 2.4	- 12.0	0.0
Kohle	5.5	15.0	4.3	- 2.2	- 2.9	- 4.8	- 2.8	- 3.9	- 7.0	12.0
Rohöl	57.7	68.6	14.0	- 2.9	- 2.5	0.0	0.0	- 2.3	- 12.0	- 1.0

Q: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg; Prognosen 1983-1984: AIECE Arbeitsgruppe für Weltmarktpreise — <sup>1)</sup> Neuer Index: 1975 = 100 Dollarbasis gewichtet mit Warenimporten der Industrieländer

schäden in Brasilien vor zwei Jahren zu einem Einbruch in der Weltproduktion. Beschränkungen der Exporte zwischen den Mitgliedern des internationalen Kaffeeabkommens könnten dazu führen, daß in Zukunft vermehrt versucht wird, durch Preisabschläge an Drittstaaten zu verkaufen. Dadurch würde der allgemeine Preisauftrieb gedämpft werden. Bei Kakao gab es in den letzten Monaten starke Preisschwankungen. Sie waren Ausdruck der widersprüchlichen Ansichten über die globale Angebots-Nachfrage-Situation auf den Weltmärkten.

Die *Energiepreise* haben sich bis Jahresende 1982 stabilisiert, in den ersten Monaten dieses Jahres sind sie aber entgegen dem Trend der übrigen Rohstoffe weiter gesunken. Unter dem Druck des weltweiten Überangebotes an *Erdöl* haben sich die OPEC-Länder Mitte März 1983 geeinigt, den Richtpreis für Erdöl von 34 \$ je Barrel auf 29 \$ (—15%) herabzusetzen. Gleichzeitig wurde eine Rücknahme der vereinbarten Gesamtfördermenge von zuvor 18,5 mbd (Mill. Barrel pro Tag) auf 17,5 mbd festgesetzt. Diese Quoten übersteigen aber noch immer deutlich das gedrückte Nachfrageniveau, sodaß auf den Spotmärkten zu Preisabschlägen verkauft werden muß. Im Verlauf des Vorjahres ist die Nachfrage nach Erdöl beträchtlich zurückgegangen, einerseits wegen der anhaltenden Rezession, andererseits wegen des zunehmenden Greifens von energiesparenden Maßnahmen in den Industrieländern. Selbst der gegenwärtig unterstellte bescheidene Aufschwung in den Industrieländern dürfte die Nachfrage nicht so stark heben, daß die nunmehr geltenden Preise steigen werden. Unsicherheit herrscht allerdings darüber, ob die Industrieländer ihre Erdöllager künftig ab- oder aufbauen werden. Die Arbeitsgruppe Rohstoffpreise der AIECE schätzt, daß der Erdölpreis im Jahresdurchschnitt 1983 um 12% und 1984 um 1% sinken wird. Diese Prognose impliziert, daß die nominellen Erdölpreise in den nächsten 1½ Jahren praktisch unverändert bleiben werden. Nach Schätzungen der OECD dürften die realen Energiepreise, die von den Endverbrauchern in den Industrieländern gezahlt werden müssen, 1983 um etwa 10% und 1984 um 3% bis 5% sinken. Dies würde fast den halben Anstieg der realen Energiepreise seit 1979 wieder wettmachen. Ein Sinken der Energiepreise in diesem Ausmaß könnte die Inflationsrate in den OECD-Ländern direkt um ¾ Prozentpunkte bis 1½ Prozentpunkte senken.

Die Rohwarenpreise (ohne Energierohstoffe) dürften 1983 laut Prognose der AIECE erst mäßig, 1984 aber deutlich steigen (siehe Übersicht 4).

#### Verbraucherpreise

Der Auftrieb der Verbraucherpreise hat sich im Laufe des vorigen Jahres infolge der anhaltenden Rezes-

sion weiter abgeschwächt. In der gesamten OECD ging die Inflationsrate von 10,5% im Jahre 1981 auf 7,8% im Jahre 1982 zurück. Vom Inflationsgipfel des Jahres 1980 (mit einer Rate von 12,8%) bis 1983 (5,5%) wird sich der Preisauftrieb um 7½ Prozentpunkte verlangsamt haben. Die Eindämmung war damit stärker und ging rascher vor sich als nach der ersten Erdölpreiskrise. Vom Inflationshöhepunkt 1974 mit einer Rate von 13,4% hatte sich die Inflationsrate bis zum Tiefpunkt nur um 5½ Prozentpunkte verringert, und es hatte auch länger gedauert, nämlich bis 1978. Das derzeitige Niveau der Inflationsrate in den westlichen Industriestaaten entspricht etwa jenem des Durchschnitts der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. Der Preis für den raschen und starken Inflationsabbau war allerdings die gewaltige Zunahme der Arbeitslosigkeit in allen Industrieländern. Der "Phillips-Kurven-trade-off" (die inverse Beziehung zwischen Inflationsrate und Arbeitslosenrate), der zu Beginn der siebziger Jahre in den meisten Industrieländern obsolet wurde, scheint in den Jahren nach der zweiten Erdölpreiskrise wieder an Bedeutung gewonnen zu haben.

Im Verlauf dieses Jahres wird allerdings der positive Einfluß der sinkenden Erdöl- und Energiepreise zunehmend überlagert durch den negativen Einfluß der wieder steigenden Nicht-Erdölrohwarenpreise. Während in der ersten Jahreshälfte 1983 noch die positiven Effekte der Erdölpreissenkung dominieren werden, dürften in der zweiten Jahreshälfte die negativen Effekte anderer Rohwarenverteuerungen den sinkenden Trend der Inflationsrate bereits stoppen. 1984 wird im Zuge der wieder wachsenden Kosten (steigende Importpreise, leicht steigende Arbeitskosten) und infolge des zunehmenden Nachfragedrucks die Inflationsrate insgesamt in den Industrieländern wieder leicht (auf 6%) steigen. Einem kräftigen Anstieg der Inflationsrate in den USA stehen eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau in Japan und ein weiterer leichter Rückgang in Europa gegenüber (Übersicht 5).

#### Löhne

Die weitere Verschlechterung auf den Arbeitsmärkten in den meisten Industrieländern spiegelt sich auch in der mäßigen Entwicklung der Löhne. Weitere dämpfende Faktoren sind die niedrigeren Inflationsraten und die relativ schlechte Gewinnlage der Unternehmen. Auf Grund der Lohnrunden für 1983 dürften in den Industrieländern insgesamt die Stundenverdienste in der Industrie um nicht mehr als um 6½% zunehmen, wobei entsprechend dem Gefälle bei den Inflationsraten auch der niedrigste Lohnzuwachs in Japan (+3½%), in den Niederlanden (+4%), in der BRD, in Belgien und in Österreich (mit jeweils +4½%) ver-

**Verbraucherpreise**

	Gewicht <sup>1)</sup>	Durchschnittliches Wachstum		1979	1980	1981	1982	1983	1984
		1966/1973	1974/1981						
			in %						
			Veränderung gegen das Vorjahr in %						
USA	36,2	4,6	9,4	11,3	13,5	10,3	6,2	3,5	5,5
Japan	13,1	6,3	9,1	3,6	8,0	4,9	2,6	2,0	2,0
BRD	9,8	3,9	4,9	4,1	5,5	6,0	5,3	3,0	3,0
Frankreich	8,9	5,4	11,4	10,7	13,5	13,3	12,0	9,5	8,5
Großbritannien	6,7	6,4	15,4	13,4	18,0	11,9	8,6	5,0	5,5
Italien	5,3	4,8	17,3	14,8	21,2	19,5	16,5	16,0	13,0
Kanada	3,1	4,4	9,7	9,1	10,2	12,5	10,8	7,0	6,5
Große Industrieländer	83,1	5,0	10,0	9,5	12,4	10,1	6,8	5,0	5,5
Spanien	3,2	6,7	17,5	15,7	15,5	14,6	14,4	12,0	12,0
Australien	1,8	4,8	11,6	9,1	10,1	9,7	11,2	10,5	8,5
Niederlande	2,2	5,9	7,1	4,2	6,5	6,7	6,0	2,5	3,0
Schweden	1,4	5,1	10,5	7,2	13,8	12,0	8,6	8,5	6,0
Belgien	1,6	4,3	8,1	4,5	6,7	7,6	8,7	7,5	5,0
Schweiz	1,4	4,9	4,3	3,7	4,0	6,5	5,6	4,0	3,5
Österreich	0,9	4,7	6,4	3,7	6,4	6,8	5,4	3,7	?)
Dänemark	0,8	6,6	11,1	9,6	12,3	11,7	10,1	7,5	5,0
Türkei	0,8	14,3	38,6	63,5	94,3	37,6	25,8	26,0	26,0
Norwegen	0,6	6,0	9,6	4,7	10,9	13,7	11,3	9,0	8,0
Finnland	0,6	6,2	12,5	7,5	11,7	11,9	9,3	8,0	8,0
Griechenland	0,6	4,3	18,2	19,0	24,9	24,5	21,0	20,5	20,0
Neuseeland	0,3	6,7	14,4	13,7	17,2	15,4	16,2	14,0	14,5
Portugal	0,4	7,2	22,3	23,6	16,6	20,0	22,7	20,0	19,0
Irland	0,2	7,5	16,0	13,3	18,2	20,4	17,1	12,5	9,5
Luxemburg	0,1	3,9	7,3	4,5	6,3	8,1	9,4	9,0	8,0
Island	0,0	12,8	43,8	44,1	57,6	51,2	49,7	55,0	55,0
Kleine Industrieländer	16,9	6,0	12,6	11,6	15,0	12,4	11,2	9,5	8,5
OECD insgesamt	100,0	5,1	10,4	9,8	12,8	10,5	7,8	5,5	6,0
OECD-Europa	45,5	5,4	11,9	10,5	14,1	12,2	10,6	8,0	7,5
EG <sup>2)</sup>	36,2	5,2	10,8	8,9	12,3	12,2	9,9	7,5	6,5
EFTA	5,3	5,4	9,2	6,7	9,6	10,4	8,7	7,5	6,5

Q: OECD nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> Privater Konsum in % des Privaten Konsums der OECD insgesamt — <sup>2)</sup> Österreich-Prognose für 1984 wird im Juni erstellt — <sup>3)</sup> Einschließlich Griechenland

zeichnet wird Im Jahresdurchschnitt 1982 betrug der Zuwachs noch 8½%.

Für 1984 wird ebenfalls nur mit einem Zuwachs von etwa 6% im Durchschnitt der Industrieländer gerechnet, das ist weit weniger als in den sechziger Jahren. Zwischen 1962 und 1972 lag er bei jährlich etwa 8%. Der niedrigere Zuwachs der verfügbaren Einkommen, der in vielen Ländern (BRD, Großbritannien, Italien,

Kanada) 1982 unter der Inflationsrate lag und auch 1983 darunter liegen wird (1983 auch in Frankreich), erklärt den unüblich starken Einbruch des privaten Konsums in den letzten zwei Jahren In früheren Rezessionen war der private Konsum geradezu ein "Nachfragestabilisator" Nur in den USA und Japan erzielte der private Konsum in den letzten Jahren noch geringe Zuwächse.

**Prime Rates einiger Länder**

	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1982			1983
	in %										II Qu	III Qu	IV Qu
<i>Nominell</i>													
USA	10,7	7,7	6,7	6,8	9,3	12,8	15,4	18,7	14,6	16,5	14,0	11,7	10,7
Japan	9,3	9,2	8,1	7,2	5,8	5,7	8,5	7,3	6,4	6,4	6,3	6,3	6,3
Großbritannien	13,3	11,4	12,3	9,8	10,7	15,2	17,5	13,9	11,8	12,8	10,8	9,8	11,0
BRD	12,1	8,3	6,6	6,3	5,5	7,5	11,0	13,6	11,4	11,7	11,2	9,8	8,8
Schweiz		8,3	7,7	6,8	6,2	5,0	5,7	7,1	7,0	7,3	6,7	6,3	6,0
Österreich	9,9	9,7	8,5	8,9	9,1	8,2	11,0	13,1	12,5	12,8	12,3	11,5	10,8
<i>Real<sup>2)</sup></i>													
USA	-0,3	-1,4	1,0	0,4	1,6	1,6	1,9	8,4	8,5	9,7	8,2	7,2	7,0
Japan	-15,2	-2,7	-1,3	-0,8	1,9	2,1	0,4	2,4	3,8	4,0	3,7	3,9	4,4
Großbritannien	-2,7	-12,8	-4,3	-6,1	2,4	1,8	-0,5	2,0	3,2	3,5	2,9	3,7	5,9
BRD	5,1	2,3	2,0	2,6	2,8	3,4	5,5	7,6	6,1	6,3	5,9	5,0	4,9
Schweiz		1,6	5,9	5,5	5,2	1,3	1,6	0,6	1,4	1,5	1,1	0,5	1,2
Österreich	0,4	1,3	1,2	3,4	5,5	4,5	4,7	6,3	7,1	6,8	7,1	6,9	6,8

Q: WIFO — <sup>1)</sup> Teilweise vorläufig — <sup>2)</sup> Nominelle Prime Rate minus Verbraucherpreissteigerung in %

## Übersicht 7

## Entwicklung des Welthandels

	1980	1981	1982	1983	1984
	1985	1970	1840	1850	2000
Welthandel Mrd \$ <sup>1)</sup>					
Vorjahresvergleich in %					
Wert	20	- 1	- 6	½	8
Preisniveau <sup>2)</sup>	18½	- 1	- 4	½	4½
Volumen	1½	0	- 2	0	3½
Industrieländer					
Exporte	6	2	- 1½	0	4
Importe	1½	- 2	- ½	1	4½
Intra-OECD-Handel (Ø Exporte/Importe)	2	- ½	0	1	5
OPEC					
Exporte	- 10	- 6	- 17	- 2	8
Importe	15	7	- 1	- 10	- 2
Sonstige Entwicklungsländer					
Exporte	7	10	2	2	4
Importe	5½	6	- 7	- 3½	3
Staatshandelsländer					
Exporte	- 5½	- 6½	5	2	4
Importe	0	2	- 6½	2	2
Handelsbilanzsalden <sup>3)</sup> in Mrd. \$ der					
OECD-Länder	- 73	- 28	- 22	- 6	- 4
OPEC-Länder	173	120	60	31	40
Sonstigen Entwicklungsländer	- 55	- 58	- 47	- 37	- 35
Staatshandelsländer	- 6	1	3	5	5
Leistungsbilanzsalden <sup>3)</sup> in Mrd. \$ der					
OECD-Länder	- 71	- 29	- 31	- 21	- 22
OPEC-Länder	116	64	- 3	- 29	- 24
Sonstigen Entwicklungsländer	- 63	- 75	- 69	- 58	- 58
Staatshandelsländer	- 11	- 5	- 2	- 1	- 2

Q: GATT; HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg; OECD; AIECE —  
<sup>1)</sup> Welthandel (Durchschnitt Exporte/Importe) zu laufenden Dollarpreisen (nominal) einschließlich Handel zwischen den europäischen Staatshandelsländern —  
<sup>2)</sup> Durchschnittswerte auf Dollarbasis — <sup>3)</sup> Die Prognosen für 1983 und 1984 basieren auf den durchschnittlichen Wechselkursen zwischen 21 März und 30 März 1983 (nach dem 7. EWS-Realignment)

Die Entwicklung der *Arbeitsstückkosten* war 1982 relativ ungünstig, weil die Produktivität in den meisten Ländern unterdurchschnittlich zunahm. Da für die nächsten 1½ Jahre unterstellt wird, daß die Löhne nach wie vor nur mäßig steigen werden, das Wachstum der Produktivität sich aber im Zuge des Konjunkturaufschwungs wieder beschleunigen wird, dürfte sich der Zuwachs der Arbeitsstückkosten verlangsamen. Die Arbeitsstückkosten streuen natürlich sehr stark zwischen den einzelnen Ländern, teils infolge einer unterschiedlichen Lohn- und Produktivitätsentwicklung, teils wegen der Wechselkursänderungen. Für die USA wird angenommen, daß sich der Trend zur Verschlechterung der relativen Wettbewerbsfähigkeit (gemessen an den Arbeitsstückkosten in einheitlicher Währung) 1983 und 1984 nicht fortsetzen wird. In Japan hatte sich die Konkurrenzfähigkeit im Vorjahr verbessert, 1983 wird sie sich verschlechtern und 1984 wieder etwas zunehmen. Von den großen europäischen Ländern ist nur in Großbritannien mit einer leichten Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu rechnen. Die Prognosen für 1983 und 1984 werden aber größtenteils durch die technische Annahme konstanter Wechselkurse auf dem Niveau von Ende März 1983 bestimmt.

## Welthandel

Die anhaltende Rezession in den Industrieländern, die infolge der zunehmenden Verschuldung notwendig gewordene Importdrosselung in den Entwicklungs- und in den Staatshandelsländern sowie die abgeschwächte Importnachfrage der OPEC-Länder führten dazu, daß der reale Welthandel 1982 zum ersten Mal seit 1975 um 2% schrumpfte.

Nicht nur der Handel zwischen Industrieländern und Nicht-Industrieländern war rückläufig, sondern auch der Intra-OECD-Handel stagnierte bereits das zweite Jahr hintereinander. Die Importe der OECD aus Nicht-OECD-Ländern sind 1982 sogar um 4½% real gesunken, hauptsächlich infolge der geringeren Einfuhr von Rohwaren und besonders von Erdöl (-8%). Andererseits expandierten die Exporte der OECD in die Nicht-OECD-Länder im Durchschnitt 1982 noch um 3½%. Die im 1. Halbjahr 1982 noch recht dynamische Entwicklung brach aber in der zweiten Jahreshälfte plötzlich ab, als die OPEC- und die stark verschuldeten Entwicklungsländer begannen, ihre Importe zu drosseln. Auch in der ersten Jahreshälfte 1983 wird der Export in die Nicht-OECD-Länder noch rückläufig sein, allerdings nicht mehr so stark wie zuvor. Im Verlauf des Konjunkturaufschwungs in den OECD-Ländern, angeführt von den USA, dürfte auch die Weltnachfrage im 2. Halbjahr 1983 wieder steigen und 1984 in ein reales Wachstum von etwa 3½% münden. Der Intra-OECD-Handel wird dabei dynamischer

eingeschätzt als der Handel zwischen Industrieländern und Nicht-Industrieländern. Trotz des zunehmenden Außenhandels wird der Außensektor aller Industrieländer zusammengenommen in den nächsten 1½ Jahren kaum einen positiven Beitrag zum Wachstum des realen BIP leisten, da die Importnachfrage stärker sein dürfte als die Exportnachfrage. Eine Dämpfung des Welthandels dürfte von den verschiedensten neo-protektionistischen Maßnahmen in einigen großen Industrieländern (USA, Japan, EG) ausgehen (Übersicht 7).

Die Terms of Trade der OECD gegenüber den Nicht-OECD-Ländern (in Dollar) haben sich in der zweiten Jahreshälfte 1982 zunehmend verschlechtert, im Jahresdurchschnitt 1982 verbesserten sie sich aber um etwa 2%. Die sinkenden Erdölpreise zu Beginn dieses Jahres werden zu beträchtlichen Verbesserungen der Terms of Trade im 1. Halbjahr 1983 führen. Danach werden auch die OECD-Exportpreise steigen, wodurch sich die Terms-of-Trade-Gewinne zunehmend verringern, sodaß die Verbesserung nach +2% 1983 im kommenden Jahr nur noch +1% betragen wird. Auf Grund dieser realen und preislichen Entwicklung hat sich das Defizit der Handelsbilanz in den OECD-Ländern insgesamt 1982 leicht zurückgebildet, woge-

Übersicht 8

Handels- und Leistungsbilanzen

	Handelsbilanz			Leistungsbilanz		
	1982	1983	1984	1982	1983	1984
	in Mrd. \$ <sup>1)</sup>					
USA	-36,3	-47,0	-65,0	-8,1	-17,5	-33,5
Japan	+18,2	+26,0	+32,0	+6,9	+14,5	+18,5
BRD	+26,3	+34,0	+33,0	+3,3	+10,5	+7,0
Frankreich	-15,6	-9,5	-5,0	-12,0	-7,5	-2,5
Großbritannien	+3,9	-0,0	+1,5	+6,9	+1,5	+3,5
Italien	-8,0	-4,5	-3,5	-5,5	-2,0	-0,5
Kanada	+15,1	+15,0	+16,5	+2,2	+1,5	+2,5
Große Industrieländer	+3,6	+14,0	+9,5	-6,3	+1,0	-5,0
Spanien	-9,2	-8,5	-8,5	-4,3	-3,5	-2,5
Australien	-2,5	-2,0	-0,5	-8,5	-8,5	-8,0
Niederlande	+3,8	+4,0	+4,5	+3,3	+3,5	+5,0
Schweden	+0,8	+2,0	+4,5	-3,6	-3,0	-1,0
Belgien-Luxemburg	-2,6	-1,5	-0,5	-3,1	-1,5	-0,5
Schweiz	-1,3	-1,0	-1,5	+3,4	+3,5	+3,5
Österreich <sup>2)</sup>	-3,6	-3,0		+0,5	+1,0	
Dänemark	-1,1	+0,5	+1,0	-2,6	-2,0	-1,5
Türkei	-2,1	-2,0	-1,5	-1,1	-1,0	-0,5
Norwegen	+2,6	+1,0	+1,0	+0,7	-1,0	-1,5
Finnland	+0,3	+0,5	+0,5	-1,0	-1,0	-1,5
Griechenland	-4,8	-4,5	-4,5	-1,9	-2,0	-2,0
Neuseeland	-0,2	-0,0	+0,0	-1,6	-1,5	-1,5
Portugal	-4,9	-5,0	-5,0	-3,2	-3,5	-3,5
Irland	-0,7	+0,0	+0,5	-1,3	-0,5	-1,0
Island	-0,1	-0,0	-0,0	-0,3	-0,5	-0,5
Kleine Industrieländer	-25,6	-19,5	-13,0	-24,6	-21,5	-16,5
OECD insgesamt	-22,0	-5,5	-3,5	-30,9	-20,5	-21,5
OECD-Europa	-16,3	+2,5	+13,5	-21,8	-9,0	+0,5
EG <sup>3)</sup>	+1,2	+18,5	+27,0	-12,9	+0,0	+7,5
EFTA	-6,2	-5,5	-3,5	-3,5	-4,5	-4,0

Q: OECD, nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> Die Prognosen für 1983 und 1984 basieren auf den durchschnittlichen Wechselkursen zwischen 21. März und 30. März 1983 (nach dem 7. EWS-Realignment) — <sup>2)</sup> Österreich-Prognose für 1984 wird im Juni erstellt — <sup>3)</sup> Einschließlich Griechenland

gen das Defizit in der Leistungsbilanz mit 31 Mrd. \$ sogar etwas höher ausfiel als 1981. Diese Entwicklung wird hauptsächlich von der Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Bilanzen in den USA bestimmt. Das Sinken der Erdölpreise dürfte heuer (besonders in der ersten Jahreshälfte) zu einer deutlichen Verbesserung der Außenwirtschaftsbilanzen in den Industrieländern führen. Im Zuge des erwarteten Konjunkturaufschwungs werden sich allerdings 1984 die Defizite auf niedrigem Niveau stabilisieren. Die OPEC-Länder werden einen weiteren Abbau ihres Aktivums in der Handelsbilanz und eine starke Passivierung in der Leistungsbilanz 1983 und 1984 hinnehmen müssen. Die Defizite der Nicht-Erdöl-Entwicklungsländer werden sich, nach einem deutlichen Rückgang 1983, im kommenden Jahr auf hohem Niveau stabilisieren (Übersichten 7 und 8).

Die Wirtschaftslage in Übersee

USA: Konjunkturaufschwung hat begonnen

In den USA hat die Konjunkturbelebung um die Jahreswende 1982/83 eingesetzt. Nicht nur der Sammel-

index vorausseilender Indikatoren zeigt seit mehreren Monaten nach oben, auch die Daten über den Hausneubau und die Bauinvestitionen untermauern die Konjunkturbelebung. Die Erholung im privaten Wohnungsbau wurde durch den Zinsrückgang in die Wege geleitet. Die Industrieproduktion hat sich seit Jahresbeginn saisonbereinigt ebenfalls gefestigt, liegt aber immer noch um etwa 3% unter dem Vorjahresniveau. Das reale BNP wuchs im I. Quartal 1983 mit einer Jahresrate von 3,1%, nachdem es im Vorquartal noch um 1,1% geschrumpft war. Die Beschäftigung hat sich stabilisiert, die Arbeitslosenrate, die eineinhalb Jahre gestiegen war, ist etwas zurückgegangen und liegt gegenwärtig saisonbereinigt bei 10,2% (April). Die größten Fortschritte wurden in der Bekämpfung der Inflation gemacht. Die Inflationsrate, die 1981 noch 10,3% betrug, sank 1982 auf 6,2% und bildete sich bis zum Frühjahr 1983 auf 3 1/2% zurück. Seit Sommer 1982 hat das Federal Reserve Board die Geldpolitik gelockert. Die Geldmenge konnte etwas kräftiger expandieren. Eine Interpretation der Geldmengenentwicklung wird aber dadurch erschwert, daß es zu institutionellen Änderungen gekommen ist ("Super-NOW" = zinstragende Depositen-Konten und "Geldmarkt-Depositen-Konten" = MMDA haben Geldanlagen von außerhalb M2 angezogen, wodurch sich die Bedeutung der Geldmengenaggregate M1 und M2 geändert hat). Die für 1983 festgelegten Geldmengenziele (M2 +7% bis +10%) dürften eine Wachstumsrate des nominellen BNP (bei unveränderter Umlaufgeschwindigkeit) von etwa 9% zulassen. Das bedeutet, daß sich die Nominalzinsen nur wenig verändern werden. Angesichts einer weiteren Verringerung der Inflationsrate bedeutet dies ein Anhalten des hohen Realzinsniveaus mit der daraus resultierenden geringen Neigung, in Sachanlagen zu investieren.

Übersicht 9

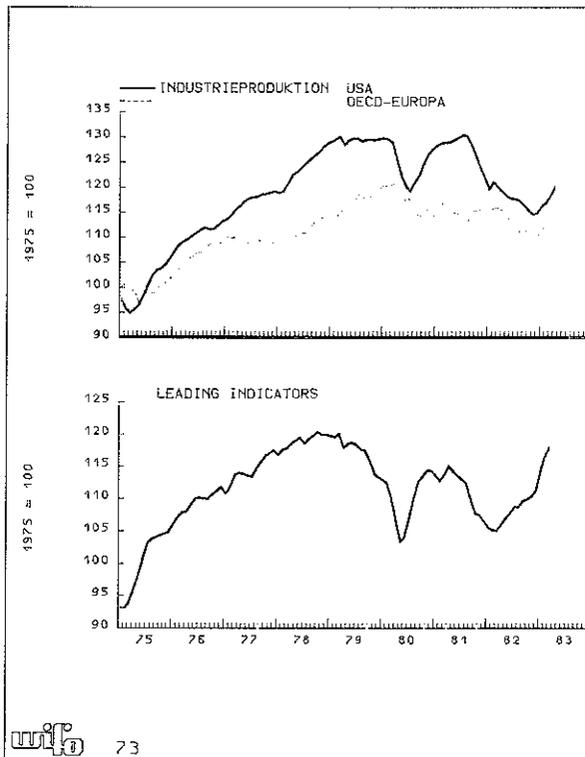
Wirtschaftszahlen der USA

	1981	1982	1983	1984
	Nominell Mrd. \$	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Privater Konsum	1 843,2	1,0	3,0	4,0
Öffentliche Ausgaben	596,9	1,5	1,0	2,5
Brutto-Anlageinvestitionen	451,1	-5,0	5,5	7,0
Wohnungs- und Hausbau	105,0	-10,2	37,5	14,5
Übrige Investitionen	346,1	-3,6	-2,5	4,5
Inländische Endnachfrage	2 891,2	0,2	3,0	4,0
Lagerbildung <sup>1)</sup>	20,5	-1,2	0,5	0,5
Gesamte Inlandsnachfrage	2 911,7	-1,1	3,5	4,5
Exporte i. w. S.	367,3	-6,5	-6,0	2,0
Waren	-	-10,4	-7,0	3,0
Importe i. w. S.	341,3	-0,2	-0,5	7,0
Waren	-	-4,8	3,0	10,0
Außenbeitrag <sup>1)</sup>	26,0	-0,7	-0,5	0,0
Brutto-Nationalprodukt	-	-1,7	3,0	4,5
BNP-Deflator	-	5,9	4,5	4,5
BNP, nominell	2 937,7	4,1	7,5	9,0
Produktivität (BNP je Beschäftigten)	-	-0,8	2,5	2,0

Q: OECD, nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Nationalproduktes in Prozentpunkten

Abbildung 3

### Konjunkturindikatoren der USA Saisonbereinigt



Der Finanzpolitik ist es nicht gelungen, das Budgetdefizit zu senken. Für das Fiskaljahr 1983, das Ende September endet, wird ein Defizit von 200 Mrd. \$ erwartet, das entspricht etwas mehr als 6% des BIP. Trotz geplanter Ausgabenkürzungen — die vorwiegend den Sozialbereich betreffen, während die Verteidigungsausgaben kräftig steigen sollen — wird auch für das Fiskaljahr 1984 (ab Oktober 1983) ein Defizit von etwa 170 bis 190 Mrd. \$ erwartet. Um die hohen Budgetdefizite in Zukunft einzudämmen, werden gegenwärtig Steuererhöhungspläne diskutiert. Das Repräsentantenhaus hat sich Mitte Mai für zusätzliche 30 Mrd. \$ an neuen Steuern für 1984 ausgesprochen. Das sogenannte "Tax-Withholding" (Quellensteuer 10% auf Zinsen und Dividenden) wurde aber abgelehnt. Präsident Reagan ist gegen diese Steuererhöhungspläne. Eine endgültige Entscheidung über das Budget steht noch aus. Der expansive Einfluß von seiten der Fiskalpolitik, der 1982 relativ stark war, dürfte 1983 schwinden und 1984 in eine restriktive Politik übergehen.

Der bereits in Gang gekommene Konjunkturaufschwung dürfte sich nach den vorliegenden Prognosen im 2. Halbjahr 1983 etwas verstärken, aber 1984 im Vergleich zu früheren Aufschwüngen bescheiden ausfallen. Nach geringfügigen Zuwächsen im Jahr 1982 dürfte das real verfügbare Einkommen 1983 — besonders nach Inkrafttreten der dritten und letzten

Etappe der Einkommensteuersenkung (Juli 1983) — kräftig steigen und damit den privaten Konsum beleben. Diese positive Einkommensentwicklung dürfte sich auch 1984 fortsetzen. Die Sparquote dürfte in beiden Jahren etwa bei 6% (nach 6½% 1982) liegen. Die Brutto-Anlageinvestitionen werden in den nächsten 1½ Jahren nicht allzu kräftig steigen. Nur vom privaten Hausbau wird heuer eine weitere Belebung erwartet. Dagegen werden die Ausrüstungsinvestitionen schwach bleiben. Der Lagerabbau dürfte auslaufen. Wesentliche Impulse aus einem neuerlichen Lageraufbau sind angesichts noch hoher Zinskosten nicht zu erwarten.

Vom Außensektor werden sowohl heuer als auch 1984 negative Effekte auf das BNP-Wachstum ausgehen, da mit einem weiteren Ansteigen des effektiven Wechselkurses des Dollars gerechnet wird. Damit werden die Konkurrenzfähigkeit und die Exporte sinken. Das Defizit der Leistungsbilanz der USA wird sich weiter vergrößern (auf 34 Mrd. \$ 1984). Das reale BNP dürfte 1983 um 3% und 1984 um 4½% steigen. Die Inflationsrate wird nach voraussichtlich 3,5% 1983 im kommenden Jahr wieder leicht anziehen. Die Arbeitslosigkeit dürfte sich in den USA — im Gegensatz zu allen anderen Industrieländern — 1984 auf knapp über 10% zurückbilden.

### Gedämpfte Wachstumsaussichten in Japan

Japan scheint zu einer "3%-Wirtschaft" zu tendieren. Während die meisten anderen Volkswirtschaften seit 1980 annähernd stagnierten, erzielte Japan sowohl 1981 als auch 1982 ein Wachstum des realen Brutto-Nationalproduktes von jeweils 3%. Auch die Prognosen für dieses und das kommende Jahr lauten auf 3% bzw. 3½%. An historischen Standards gemessen sind dies allerdings bescheidene Wachstumsraten. Die gesamte Inlandsnachfrage wuchs im 2. Halbjahr 1982 mit knapp 4% stärker als erwartet. Der Grund liegt in einem ungewöhnlich kräftigen Anstieg des privaten Konsums. Dagegen kam es zu einem deutlichen Einbruch bei den Exporten und Investitionen. Die Exporte sanken im IV. Quartal real um 6% gegenüber dem Vorjahr. Die steigenden Realzinsen und die schlechteren Exportabsatzerwartungen ließen die realen Investitionen im IV. Quartal sinken. Diese Entwicklung führte zu einer deutlichen Verlangsamung des Wirtschaftswachstums um die Jahreswende. Die Industrieproduktion hat sich verflacht. Auch die Arbeitslosenrate ist Anfang dieses Jahres auf 2,7% gestiegen, den höchsten Wert seit 30 Jahren. Die Inflationsrate erreichte Anfang dieses Jahres mit rund 2% den niedrigsten Wert seit 20 Jahren.

Die Fiskalpolitik, die 1982 noch leicht expansiv bis neutral war, dürfte sowohl 1983 als auch 1984 restriktiver werden. Eine Diskussion um Einkommensteuer-

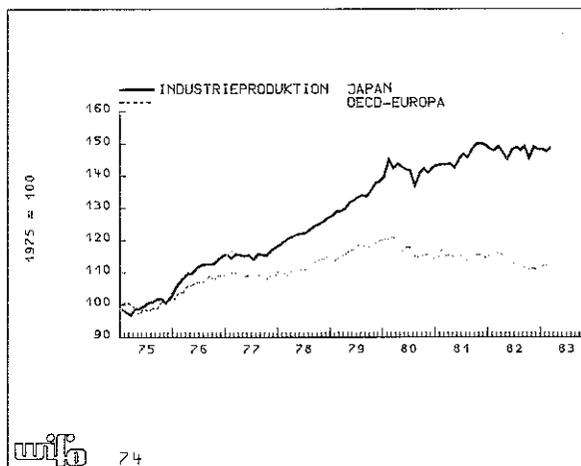
kürzungen ist im Gange, es wurde aber noch kein Beschluß gefaßt. Das gegenwärtige Steuersystem impliziert Entzugseffekte für die Haushaltseinkommen und drückt somit die Konsumausgaben. Auf der Ausgabe-seite werden die Staatsausgaben voraussichtlich langsamer steigen als noch auf Grund der Maßnahmen vom Oktober 1982 erwartet wurde. Die Neuverschuldung (Nettodefizit) dürfte auf Grund der bekannten Pläne für 1983 und 1984 allmählich abnehmen. Die Geldpolitik war bisher darauf bedacht, den Diskontsatz nicht zu senken, um nicht die Festigung des Dollarkurses in Gefahr zu bringen. Da der Kreditbedarf des Bundes stark gestiegen ist, sind auch die Zinsen für Regierungsanleihen hoch geblieben (auf 7½% bis 8%)

Auf Grund der geringen Impulse vom Budget und der hohen Zinsen wird für Japan ein nur leichtes Wirtschaftswachstum für die kommenden 1½ Jahre prognostiziert. Der private Konsum dürfte auf Grund der steuerlichen Entzugseffekte und wegen der niedrigen Lohnabschlüsse etwas langsamer wachsen als im Vorjahr. Die privaten Investitionen bleiben angesichts der hohen Realzinsen gedrückt. Die öffentlichen Investitionen werden auf Grund des Sparkurses der Regierung kaum ausgeweitet werden. Auch Investitions-umfragen bei großen Unternehmungen sind eher pessimistisch. Von der Lagerentwicklung dürfte kaum ein entscheidender Wachstumsimpuls ausgehen.

Die Exporte, eine der wichtigsten Wachstumskomponenten in Japan, werden sich nach einem Rückgang von real 2½% 1982 auch 1983 kaum wesentlich erholen. Nur das auf Grund des Konjunkturaufschwungs erwartete kräftige Importwachstum in den USA dürfte Japans Exporte beleben. Allerdings werden japanische Waren vom US- und vom europäischen Markt mit protektionistischen Maßnahmen (freiwillige Selbstbeschränkungen, Quoten) zunehmend verdrängt. Angesichts einer schwachen Inlandsnach-

Abbildung 4

Industrieproduktion Japans  
Saisonbereinigt



frage werden sich auch die Importe voraussichtlich erst 1984 erholen. Infolge dieser realen Entwicklung und einer erwarteten Verbesserung der Terms of Trade (wegen des weiteren Sinkens der Erdölpreise) dürften sich die Handels- und Leistungsbilanzen bis 1984 deutlich aktivieren. Der harte Yen-Kurs wird auch 1983 den effektiven Wechselkurs des Yen steigen lassen.

### Die Wirtschaftslage in Westeuropa

#### Verhaltene Konjunkturbelebung in der Bundesrepublik Deutschland

In der BRD stagnierte die Wirtschaft seit Anfang 1980 mehr oder weniger. Das BNP ist auch im 2. Halbjahr 1982 gefallen, und die Arbeitslosigkeit ist weiter gestiegen. Sowohl der private Konsum als auch der Lagerabbau dämpften die Inlandsnachfrage. Der starke Einbruch bei den Exporten im 2. Halbjahr 1982 reflektiert die Nachfrageausfälle im Nicht-OECD-Bereich. Seit der Jahreswende 1982/83 gibt es jedoch deutliche Signale für eine Konjunkturbelebung. Voraussehlende Indikatoren und das vom IFO erfaßte Geschäftsklima deuten darauf hin, daß das Konjunkturtief im Spätherbst 1982 überwunden wurde. Seither zeigen diese Indikatoren deutlich nach oben. Der Konjunkturoptimismus scheint aber der tatsächlichen Entwicklung deutlich vorauszu-eilen. Das Auslaufen der Investitionszulage Ende 1982 setzte eine Sonderentwicklung in der Nachfrage nach Investitionsgütern in Gang, die seit Februar wieder abflachte. Die Stabilisierung der Auftragseingänge aus dem Ausland um die Jahreswende wird mit den Aufwertungserwartungen gegenüber der DM im Rahmen des Europäischen

Übersicht 10

#### Wirtschaftszahlen Japans

	1981	1982	1983	1984
	Nominell Bill Yen	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Privater Konsum	144,9	4,2	4,0	3,5
Öffentlicher Konsum	25,5	3,5	1,0	1,5
Brutto-Anlageinvestitionen	78,2	1,0	2,0	2,0
Inländische Endnachfrage	248,6	3,1	3,0	3,0
Lagerbildung <sup>1)</sup>	1,2	-0,1	0,0	0,0
Gesamte Inlandsnachfrage	249,8	2,9	3,0	3,0
Exporte i w S	41,8	3,3	1,0	7,5
Waren	-	-2,8	0,5	7,5
Importe i w S	40,3	3,1	-0,5	6,0
Waren	-	-0,0	-1,5	6,0
Außenbeitrag <sup>1)</sup>	1,5	0,2	0,0	0,5
Brutto-Nationalprodukt	-	3,0	3,0	3,5
BNP-Deflator	-	2,0	1,5	1,5
BNP, nominell	251,3	5,1	4,5	5,0
Produktivität (BNP je Beschäftigten)	-	1,9	1,5	2,5

Q: OECD nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Nationalproduktes in Prozentpunkten

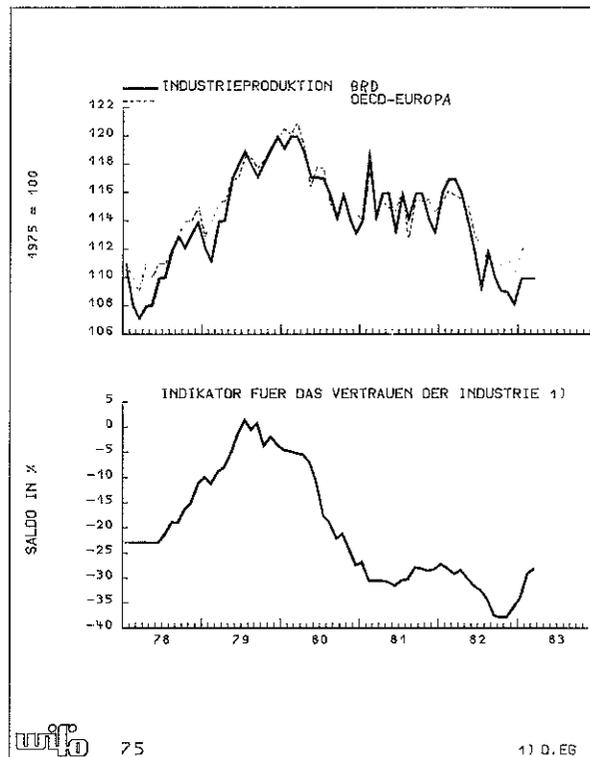
Währungssystems (EWS) begründet. Die Industrieproduktion hat sich, nach dem Rückgang im Februar, im März wieder stabilisiert, liegt aber noch immer um über 5% unter dem Niveau des Vorjahres. Im Durchschnitt des I. Quartals 1983 war sie um 1% höher als im Vorquartal. Auf Grund der vorliegenden Daten ist der Rückgang des realen Brutto-Sozialproduktes bereits im IV. Quartal zum Stillstand gekommen. Die positive Tendenz setzte sich zu Beginn dieses Jahres fort. Das saison- und arbeitstägig bereinigte reale BSP hat im I. Quartal 1983 um 0,5% zugenommen, gegenüber dem Vorjahr ging es jedoch noch um 0,4% zurück. Die Arbeitslosenrate steigt saisonbereinigt weiter und hat seit Februar die 9%-Marke überschritten. Die Inflationsrate hat sich deutlich zurückgebildet (auf 3 1/2% im Frühjahr 1983).

Die Finanzpolitik ist grundsätzlich restriktiv eingestellt. Ziel ist die Konsolidierung des öffentlichen Haushalts. Die Rentenanpassung wurde von Jahresanfang auf Jahresmitte 1983 verschoben. Steuern und Sozialabgaben wurden weiter erhöht. Da der Einkommensteuertarif seit 1981 nicht mehr angepaßt wurde, bringt die Progression starke Entzugseffekte für die Einkommensbezieher (fiscal drag). 1982 betrug der marginale Steuersatz für den durchschnittlichen Einkommensbezieher etwa 55%. Ab Juli 1983 wird die Mehrwertsteuer um 1 Prozentpunkt erhöht. Dies dürfte die Inflationsrate um etwa 0,6 Prozentpunkte erhöhen. Ziel der Fiskalpolitik ist es, das Nettodefizit des Staates (einschließlich Sozialversicherung) von 63 Mrd. DM (oder 3,9% des BIP) im Jahr 1982 auf 3% bis 3 1/2% bis zum Jahre 1984 abzubauen.

Die Geldpolitik bemühte sich seit Sommer 1982 um monetäre Lockerungen. Der Lombard- und der Diskontsatz wurden deutlich herabgesetzt, dies führte

Abbildung 5

Konjunkturindikatoren der Bundesrepublik Deutschland  
Saisonbereinigt



den Banken vermehrt Liquidität zu. Die kurzfristigen Zinsen gaben ab August beschleunigt nach. Um Liquidität abzuschöpfen, kürzte die Bundesbank noch vor dem Realignment im Europäischen Währungssystem das Refinanzierungskontingent um 5 Mrd. DM. Gleichzeitig senkte sie erneut die Leitzinsen, um zur Konjunkturbelebung beizutragen. Bei der Festlegung der Geldmengenziele für 1983 hat die Bundesbank wieder — wie 1982 — einen Zielkorridor für das Wachstum der Zentralbankgeldmenge von 4% bis 7% festgelegt. Angesichts der anhaltenden Aktivierung der Leistungsbilanz und der Verminderung der Kosten- und Preissteigerungen ließ die Bundesbank vorerst eine Entwicklung der Zentralbankgeldmenge am oberen Rand des Zielkorridors zu. Die Realzinsen haben zwar nachgegeben, liegen aber mit 5% (Prime Rate) noch immer relativ hoch.

Der private Konsum ist mehr als zwei Jahre lang infolge sinkender Realeinkommen und einer steigenden Sparquote gesunken. Für die nächsten 1 1/2 Jahre wird auf Grund von Nachholbedürfnissen und einer Konsolidierung der Realeinkommen sowie einer Tendenz zum Entsparen eine mäßige Belebung des privaten Konsums erwartet.

Der Hauptmotor für die Konjunkturbelebung in diesem Jahr sind die Bauinvestitionen. Hier läßt sich bereits eine deutliche Belebung des Wohnungsbaus feststellen. Gründe dafür sind die sinkenden Hypo-

Übersicht 11

Wirtschaftszahlen der Bundesrepublik Deutschland

	1981	1982	1983	1984
	Nominell Mrd. DM	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Privater Konsum	874,1	-2,3	0,0	0,5
Öffentlicher Konsum	319,7	-0,1	0,0	0,0
Brutto-Anlageinvestitionen	339,3	-5,6	2,0	4,0
Ausrüstungsinvestitionen	128,7	-7,2	1,0	4,0
Bauinvestitionen	210,6	-4,5	3,0	4,0
Inländische Endnachfrage	1.533,1	-2,1	0,5	1,5
Lagerbildung <sup>1)</sup>	-1,4	0,4	0,0	0,5
Gesamte Inlandsnachfrage	1.531,7	-2,1	0,5	2,5
Exporte i w S	496,1	3,5	0,0	3,5
Waren	—	1,9	1,0	3,5
Importe i w S	484,7	0,5	0,5	4,0
Waren	—	0,6	0,0	4,5
Außenbeitrag <sup>1)</sup>	11,4	1,0	0,0	0,0
Brutto-Nationalprodukt	—	-1,1	0,5	2,0
BNP-Deflator	—	4,8	3,5	2,5
BNP, nominell	1.543,1	3,7	4,0	4,5
Produktivität (BNP je Beschäftigten)	—	0,7	2,0	2,5

Q: OECD, nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Nationalproduktes in Prozentpunkten

thekarzinsen, die Vielzahl von staatlichen Förderungsmaßnahmen durch die neue Regierung und die Angst vor künftigen Preissteigerungen. Der Wirtschaftsbau wurde nur um die Jahreswende durch die Investitionszulage angeregt. Die Ausrüstungsinvestitionen werden auch 1983 sehr schwach bleiben. Zwar gibt es Entlastungen bei den Arbeitskosten durch die niedrigen Lohnabschlüsse, durch die sinkenden Zinsen und die rückläufigen Erdölpreise. Aber die Absatzerwartungen sind nach wie vor sehr zurückhaltend. Von der Lagerentwicklung werden voraussichtlich keine nennenswerten Wachstumsimpulse ausgehen.

Der Export, der früher immer der Konjunkturvorreiter war, entwickelt sich bisher sehr schwach. Im Gegensatz zu früheren Aufschwungphasen ist die Nachfragebelebung in den Industrieländern eher als mäßig einzustufen, die Entwicklungsländer sind noch mit ihren Verschuldungsproblemen belastet, die OPEC-Staaten werden ihre Importe wahrscheinlich drosseln, und die Exportstruktur der BRD scheint gegenwärtig ungünstig zu sein, da es sich um keinen Investitionsgüteraufschwung handeln dürfte. Auch die Aufwertung der DM wird die Wettbewerbsfähigkeit voraussichtlich beeinträchtigen. Da jedoch die Importnachfrage angesichts einer nur mäßigen Belebung der Binnenkonjunktur schwach bleiben wird und sich die Terms of Trade wieder verbessern werden, ist heuer eine zunehmende Aktivierung der Leistungsbilanz zu erwarten. 1984 dürfte sich das Aktivum allerdings wieder verringern, da mit einer kräftigeren Zunahme der Importe gerechnet wird.

Im Vergleich zu früheren Konjunkturaufschwungphasen wird für die nächsten 1½ Jahre ein sehr mäßiger Konjunkturaufschwung angenommen. Das reale BNP dürfte 1983 nur um 0,5% und 1984 um 2% im Jahresdurchschnitt wachsen. Dies reicht natürlich nicht aus, um die Zunahme der Arbeitslosigkeit zu stoppen.

**Restriktive Wirtschaftspolitik verhindert Konjunkturbelebung in Frankreich**

Frankreichs Volkswirtschaft, die bereits 1981 stagnierte, hat sich im 1. Halbjahr 1982 infolge einer kräftigen Inlandsnachfrage und eines Lageraufbaus belebt. Im 2. Halbjahr war zwar der Außenbeitrag deutlich positiv, die Inlandsnachfrage verlangsamte sich aber, und die Lager wurden deutlich abgebaut. Das reale BIP wuchs nur noch um ½% (nach + 1½% im 1. Halbjahr). Im I. Quartal 1983 stieg das reale BIP gegenüber dem Vorquartal um 0,4% (nach +0,8% im IV. Quartal 1982).

In der zweiten Jahreshälfte 1982 war vor allem die Industrieproduktion schwach. Sie lag um 2% bis 3% unter dem Vorjahr, während sie im 1. Halbjahr stagnierte. Dies führte zu einem Rückgang der Beschäfti-

gung. Die Arbeitslosenrate konnte durch die speziellen Maßnahmen der Regierung auf etwa 8½% stabilisiert werden. Seit dem Auslaufen der Preis-Lohn-Blockierung Ende Oktober 1982 haben die Verbraucherpreise wieder deutlich angezogen, teilweise auch weil aufgestaute öffentliche Tarife in der Folge (1. April 1983) angehoben wurden. Die Jahresinflationsrate hat sich in den letzten Monaten auf 9% bis 9½% eingependelt. Trotz Franc-Abwertung im Rahmen des sechsten EWS-Realignment Mitte Juni 1982 konnte das Handelsbilanzdefizit nicht verringert werden. Zwar erholten sich die Exporte im 2. Halbjahr 1982, und die Importe waren rückläufig. Aber die abwertungsbedingte Terms-of-Trade-Verschlechterung war stärker als die positiven realen Effekte.

Die rapide Zunahme des bilateralen Handelsbilanzdefizits Frankreichs gegenüber der BRD führte zu einer weiteren Franc-Abwertung am 22. März 1983. Diese dritte Abwertung innerhalb von zwei Jahren machte eine Reihe flankierender Maßnahmen notwendig, die eine weitere Abkehr von dem bis Mitte 1982 eingeschlagenen expansiven (keynesianischen) wirtschaftspolitischen Kurs mit sich brachten.

Das gesamte Paket wirtschaftspolitischer Maßnahmen hat restriktiven Charakter. Ziel der Regierung ist es, das Handelsbilanzdefizit in drei Jahren wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Dazu werden der private Konsum und die öffentlichen Ausgaben beschränkt, und auch das Budgetdefizit soll abgebaut werden. Die Fiskalpolitik, die 1981 und 1982 deutlich expansiv war, ist für 1983 und 1984 restriktiv angelegt. Das Defizit des Gesamthaushalts (Bund, Länder und Sozialversicherung) soll von 3% des BIP 1982 auf 2½% 1984 abgebaut werden. Erhöhungen sowohl der direkten Steuern (Zwangsanleihen in Höhe von 10% der Steuern auf das Einkommen und Vermögen; Zusatzsteuer auf steuerbare Einkommen von 1%) als auch der indirekten Steuern (höhere Treibstoffsteuer, spezielle

Übersicht 12

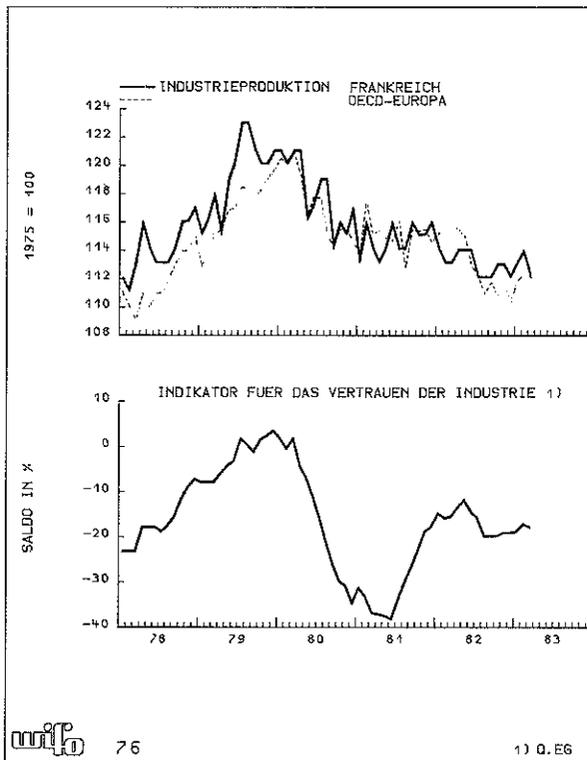
**Wirtschaftszahlen Frankreichs**

	1981	1982	1983	1984
	Nominell Mrd Fr	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Privater Konsum	2 016,3	3,4	- 0,0	0,5
Öffentlicher Konsum	488,2	2,5	- 0,5	- 0,5
Brutto-Anlageinvestitionen	654,6	- 1,0	- 2,5	- 0,5
Inländische Endnachfrage	3 159,1	2,3	- 0,5	0,0
Lagerbildung <sup>1)</sup>	- 9,1	0,3	- 0,5	0,5
Gesamte Inlandsnachfrage	3 150,0	2,6	- 1,0	0,5
Exporte i w S	686,3	- 1,5	2,5	4,0
Waren	-	- 3,7	2,5	4,5
Importe i w S	743,9	2,9	- 1,5	2,0
Waren	-	3,0	- 2,5	2,0
Außenbeitrag <sup>1)</sup>	55,6	- 1,1	0,5	0,0
Brutto-Inlandsprodukt	-	1,5	- 0,5	0,5
BIP-Deflator	-	12,0	10,0	8,0
BIP nominell	3 094,4	13,7	9,5	9,0
Produktivität (BIP je Beschäftigten)	-	2,0	0,5	1,5

Q: OECD nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Inlandsproduktes in Prozentpunkten

Abbildung 6

### Konjunkturindikatoren Frankreichs Saisonbereinigt



Steuern auf Tabak und Spirituosen) sind bereits im Budget 1983 eingeplant. Zusätzlich wurden Auslandsreisen durch Devisenbeschränkungen (2.000 Fr pro Jahr ab 29. März 1983) erschwert. Zur Zahlungsbilanzsicherung wurde Frankreich von der EG Mitte Mai ein Kredit in Höhe von 4 Mrd ECU (oder 30 Mrd Fr) eingeräumt.

Das Steuerpaket wird dazu führen, daß die real verfügbaren Einkommen 1983 sinken und 1984 bestenfalls stagnieren werden. Nur wenn dieser Einkommensausfall durch Entsparen ausgeglichen wird, kann der private Konsum in den kommenden 1½ Jahren stagnieren. Die Geldpolitik ist ebenfalls etwas restriktiver angelegt als 1982. Das Wachstumsziel für M2 wurde von 10% auf 9% herabgesetzt.

Die flankierenden Maßnahmen zur Franc-Abwertung werden einen restriktiven Einfluß auf die inländische Endnachfrage von schätzungsweise ¾% des BIP 1983 haben, wobei diese Maßnahmen besonders im 2. Halbjahr 1983 greifen werden. Nicht nur der private Konsum wird betroffen sein, auch die Investitionsneigung wird gedämpft werden. Auch 1984 werden diese Maßnahmen noch spürbar sein, sodaß die Inlandsnachfrage 1983 und 1984 im besten Falle stagnieren wird. Die schwache Inlandsnachfrage wird 1983 einen Rückgang der Importe zur Folge haben. Die Exporte werden erst im Laufe der Jahre 1983 und 1984 von der Abwertung profitieren. Der Außenbei-

trag dürfte 1983 leicht positiv ausfallen, wird aber durch einen ebenso hohen negativen Beitrag der Lager kompensiert, sodaß das BIP 1983 per Saldo ebenso stark wie die Inlandsnachfrage, nämlich um ½%, sinken wird. Für 1984 wird mit einem Wachstum des BIP von nur ½% gerechnet.

Die in den nächsten 1½ Jahren anhaltende Stagnation wird zu einem weiteren Anstieg der Arbeitslosenrate auf 10½% 1984 führen. Der Rückgang der Erdölpreise wird durch die Anhebung der indirekten Steuern ausgeglichen, sodaß sich die Inflationsrate kaum nennenswert verringern wird. Erst 1984 dürfte der Nachfrageausfall zu einer Rückbildung der Inflationsrate führen. Die niedrigere Erdölrechnung sowie die mäßige Importnachfrage dürften dazu beitragen, daß sich das Defizit in Handelsbilanz und Leistungsbilanz bis 1984 verringern wird.

### Festigung der Konjunkturbelebungs-tendenzen in Großbritannien

In Großbritannien deuten alle Konjunkturindikatoren darauf hin, daß eine der längsten Rezessions- und Stagnationsphasen, die Mitte 1979 begonnen hatte, zu Ende geht. Bereits im 2. Halbjahr 1982 ist das reale BIP mit +2¾% (Vorjahresrate) rascher als erwartet gewachsen. Ein ungewöhnlich kräftiger Anstieg des privaten Konsums (um fast 5%) wurde von einem ebenso hohen Zuwachs der Brutto-Anlageinvestitionen begleitet. Hier dominierte die starke Steigerung der Nachfrage nach Hausbauinvestitionen. Aber auch die öffentlichen Investitionen (vorwiegend im Bereich der Informationssysteme) expandierten recht kräftig. Die Industrieproduktion scheint im Spätherbst ihren Tiefpunkt überwunden zu haben. Seither hat sie saisonbereinigt und im Vorjahresvergleich zugenommen. Sowohl Unternehmerbefragungen, Exportauftragslage als auch die tatsächliche Entwicklung (z. B. ein starker Zuwachs der Neuzulassungen von Pkw) unterstreichen die Ansicht, daß die beginnende Konjunkturbelebungs-tendenzen in den nächsten 1½ Jahren anhalten wird. Nach vorläufigen Berechnungen stieg das reale BIP im I. Quartal 1983 um 0,7% gegenüber dem Vorquartal.

Die Fiskalpolitik hält weiterhin an dem restriktiven Kurs fest. Dies wurde durch das März-Budget wieder bestätigt. Die Regierung ist weiterhin bestrebt, die Geldmengenentwicklung zu kontrollieren, das Netto-defizit des Staates (Public Sector Borrowing Requirement = PSBR) zu verringern und die Inflation, die bereits deutlich abgebaut werden konnte (auf 4½% in den letzten Monaten), zu drücken. Das geplante PSBR für 1983/84 ist mit 2¾% des BIP etwa gleich hoch wie das von 1982/83, das etwas niedriger als geplant ausfiel. Der mittelfristige Finanzplan für 1983/84 sieht einen Abbau des PSBR auf 2½% und für

Übersicht 13

Wirtschaftszahlen Großbritanniens

	1981	1982	1983	1984
	Nominell Mrd. £	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Privater Konsum	151.1	1.1	1.5	1.5
Öffentlicher Konsum	54.7	2.1	1.0	1.0
Brutto-Anlageinvestitionen	39.1	3.2	2.5	3.0
Inländische Endnachfrage	244.9	1.7	1.5	1.5
Lagerbildung <sup>1)</sup>	-3.7	0.8	1.0	1.0
Gesamte Inlandsnachfrage	241.2	2.4	2.5	2.5
Exporte i. w. S.	67.7	0.7	1.0	4.0
Waren	-	2.2	1.5	4.5
Importe i. w. S.	60.7	4.8	2.5	4.0
Waren	-	6.2	3.0	4.5
Außenbeitrag <sup>1)</sup>	7.0	-1.3	-0.5	0.0
Brutto-Inlandsprodukt	-	1.2	2.0	2.5
BIP-Deflator	-	7.6	5.5	6.0
BIP nominell	248.2	8.8	7.5	8.5
Produktivität (BIP je Beschäftigten)	-	3.9	4.0	2.5

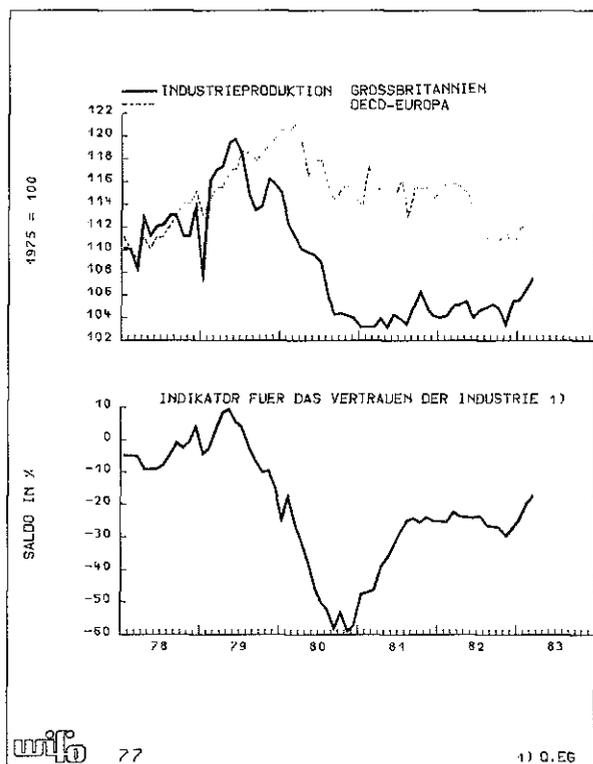
Q: OECD, nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Inlandsproduktes in Prozentpunkten

1985/86 auf 2% des BIP vor. Die Geldmengenentwicklung (für alle drei Aggregate M3, PSL2 und M1) soll weiter eingebremst werden. Die Zielgrößen für das Wachstum wurden für 1983/84 auf 7% bis 11% (nach 8% bis 12%) herabgesetzt.

Offen bleibt allerdings die Frage, ob diese fiskal- und geldpolitischen Vorstellungen auch in die Praxis umgesetzt werden können. Denn am 9. Juni 1983 finden vorverlegte Parlamentswahlen statt.

Abbildung 7

Konjunkturindikatoren Großbritanniens  
Saisonbereinigt



Geht man von einer unveränderten Wirtschaftspolitik aus, und nimmt man an, daß sich auch die Erdölpreise und die Wechselkurse nicht wesentlich ändern, so lassen die vorliegenden Prognosen vermuten, daß eine inlandsnachfrage-getragene Konjunkturbelebung im Gange ist, die sich bis Ende 1984 langsam verstärken dürfte. Der private Konsum wird 1983 und 1984 mit jeweils real +1½% nur mäßig zunehmen, denn die real verfügbaren Einkommen dürften kaum mehr als stagnieren. Eine Verringerung der Sparquote auf 7½% (1984) wird unterstellt. Die Brutto-Anlageinvestitionen werden in den nächsten 1½ Jahren voraussichtlich etwas stärker wachsen. Dabei werden vor allem die Hausbauinvestitionen hoch bleiben, aber zunehmend an Dynamik verlieren. Auch für die Nicht-Hausbauinvestitionen wird eine leichte Belebung erwartet, obwohl die Realzinsen noch relativ hoch sein werden. Allerdings bessern sich die Absatzerwartungen. Der deutliche Lagerabbau im 2. Halbjahr 1982 dürfte Anfang dieses Jahres zu Ende gegangen sein. Daher wird von einem allmählichen Lageraufbau ein zusätzlicher Wachstumsimpuls für 1983 und 1984 erwartet.

Da der effektive Wechselkurs des Pfunds seit Herbst 1982 um fast 15% gesunken ist, dürfte sich die deutliche Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in einer etwas kräftigeren Steigerung der Exporte in den nächsten 1½ Jahren niederschlagen. Allerdings wird sich durch das erwartete Erstarken der Inlandsnachfrage auch die Importnachfrage deutlich beleben, sodaß vom Außenbeitrag kein positiver Impuls auf das Wachstum des realen BIP ausgehen dürfte. Das Leistungsbilanzaktivum wird sich 1983 etwas verringern, 1984 aber wieder vergrößern.

Aus dieser Nachfragekonstellation läßt sich ein Wachstum des realen BIP von 2% für 1983 und von 2½% für 1984 ableiten. Die Inflationsrate dürfte weiterhin leicht zurückgehen. Das prognostizierte Wirtschaftswachstum reicht allerdings noch nicht aus, eine weiterhin leichte Zunahme der Arbeitslosenrate zu verhindern. Gegen Ende 1984 wird sich die Rate voraussichtlich auf etwa 12½% stabilisieren.

Kaum Aussichten auf eine Konjunkturbelebung in Italien

Die bereits seit Mitte 1980 anhaltende Stagnation in Italien, die zwar kurzfristig von starken zyklischen Ausschlägen überdeckt war, ist im 2. Halbjahr 1982 von einem neuerlichen Konjunkturreinbruch abgelöst worden. Das reale BIP sank um 6% gegenüber dem Vorjahreswert. Besonders stark gingen die Investitionen, aber auch der Export zurück. Zusätzlich verstärkte sich der Lagerabbau. Die neuerliche Rezession führte zwar zu einer Verringerung des Defizits in

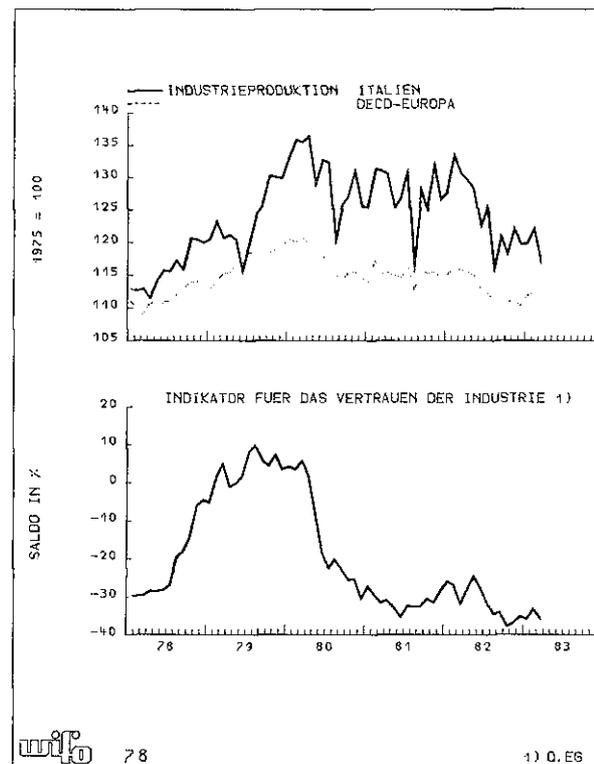
der Leistungsbilanz, konnte aber die Inflationsrate nicht verringern.

Die Industrieproduktion liegt noch um etwa 6% unter dem Vorjahresniveau. Die Kapazitätsauslastung fiel in den letzten Monaten auf ihr tiefstes Niveau seit 1975. Durch den neuerlichen Konjunkturerinbruch ist die Industriebeschäftigung stark geschrumpft. Da auch die Beschäftigung im öffentlichen Sektor nur langsam zugenommen hat, ist erstmals seit 1972 die Gesamtbeschäftigung zurückgegangen. Als Folge davon ist die Arbeitslosenrate stark gestiegen (auf 9,8% im I. Quartal 1983). Entgegen dem allgemeinen Trend in den OECD-Ländern hat sich der Preisauftrieb seit Mitte 1982 nicht weiter verlangsamt. Die Inflationsrate betrug Anfang 1983 noch immer 16½%

Die Wirtschaftspolitik kämpft nach wie vor mit dem Problem der starken Inflation und der hohen Budgetdefizite (1982 etwa 12% des BIP). Im Jänner 1983 einigten sich Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände auf eine Änderung der Praxis in der Lohnbildung. Die Lohnsteigerung, die sich nach der automatischen Indexierung (scala mobile) richtet (d. s. etwa 70% der Verteuerung), wurde um 15% verringert (d. h. für jeden Punkt Anstieg im neu revidierten Preisindex erhalten die Arbeiter zusätzlich zum Brutto-Monatslohn 6.800 Lire anstelle von bisher 8.000 Lire). Für die Lohnkontrakte wurden für die Periode 1983 und 1984 zusätzlich obere Grenzen festgelegt. Die Regierung hat im Gegenzug zugesagt, die direkten Steuern zu senken, um so den Progressionsdruck zu vermindern (fiscal drag), die Familienbeihilfen zu erhöhen, die öffentlichen Tarife um nicht mehr als die geplante Inflationsrate von 13% anzuheben und einen Teil der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber ins Budget zu übernehmen. Da aber gleichzeitig andere direkte und indirekte Steuern er-

Abbildung 8

Konjunkturindikatoren Italiens  
Saisonbereinigt



höht wurden (besonders die Treibstoffsteuer, um das Sinken der Erdölpreise auszugleichen), wird das Defizit des gesamten Staatshaushalts nur geringfügig unter 12% des BIP, wie im Jahr 1982, liegen (11½%). Die Geldpolitik wird sehr stark über Kreditlimitierungen betrieben. 1982 übertraf die Ausweitung der gesamten Inlandskredite mit 20% die Zielgröße um 4 bis 5 Prozentpunkte. Ein Hauptgrund war der hohe Kreditbedarf des öffentlichen Sektors.

Für 1983 wurden Signale einer expansiven Geldpolitik gesetzt. Dazu zählt das angekündigte Auslaufen der Bankkreditkontrolle im 2. Halbjahr 1983. Im Gegensatz zur Abwärtsbewegung in anderen Ländern ist der Diskontsatz in Italien seit August 1982 unverändert auf 18% geblieben. Die Prime Rates wurden aber gesenkt. Dennoch dürften die Realzinsen hoch bleiben, solange das Defizit der öffentlichen Haushalte und die Inflation nicht unter Kontrolle gebracht worden sind. Der künftige wirtschaftspolitische Kurs ist auch insofern unsicher, als es im Juni 1983 zu Neuwahlen des Parlaments kommt.

Unter der pragmatischen Annahme einer unveränderten Wirtschaftspolitik ist — im Gegensatz zu den anderen großen OECD-Ländern — kaum mit einer durchgreifenden Belebung der Wirtschaftsaktivität noch in diesem Jahr zu rechnen. Der private Konsum wird 1983 sogar leicht rückläufig sein und erst 1984 leicht zunehmen.

Übersicht 14

Wirtschaftszahlen Italiens

	1981	1982	1983	1984
	Nomineil Bilil Lire	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Privater Konsum	248,2	- 0,0	- 0,5	1,5
Öffentlicher Konsum	75,0	1,8	1,5	2,0
Brutto-Anlageinvestitionen	81,1	- 5,3	- 4,0	1,0
Ausrüstungsinvestitionen	34,5	- 8,1	- 4,5	1,0
Bauinvestitionen	46,6	- 2,7	- 3,0	1,5
Inländische Endnachfrage	404,3	- 0,7	- 0,5	1,5
Lagerbildung <sup>1)</sup>	4,6	0,2	- 0,5	0,5
Gesamte Inlandsnachfrage	408,9	- 0,5	- 1,0	2,0
Exporte i w S	107,5	2,2	- 1,0	3,0
Waren	-	3,5	- 1,0	3,0
Importe i w S	114,7	2,3	- 2,0	3,0
Waren	-	4,4	- 2,0	3,0
Außenbeitrag <sup>1)</sup>	-7,2	0,1	0,5	0,0
Brutto-Inlandsprodukt	-	- 0,3	- 0,5	2,0
BIP-Deflator	-	17,5	15,5	11,5
BIP nominell	401,7	17,1	15,0	13,5
Produktivität (BIP je Beschäftigten)	-	0,0	0,5	2,0

Q. OECD, nationale und eigene Schätzungen. — <sup>1)</sup> Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Inlandsproduktes in Prozentpunkten

1983 werden die real verfügbaren Einkommen bestenfalls stagnieren, und auch die Sparquote wird kaum gesenkt werden. Erst 1984 ist eine leichte Zunahme der Realeinkommen und des privaten Konsums zu erwarten. Die Investitionsschwäche wird 1983 noch anhalten, der Rückgang wird aber geringer sein als 1982. Erst 1984 wird mit einer mäßigen Belebung der Investitionen gerechnet, wenn sich die Absatzerwartungen, die Realzinsensituation und die allgemeine Kostenlage verbessern werden. Vom Lageraufbau wird kein nennenswerter Impuls auf das BIP-Wachstum ausgehen.

Die Verschlechterung der Konkurrenzfähigkeit (starker Anstieg der Arbeitsstückkosten wegen des Rückgangs der Produktivität) dürfte dazu beitragen, daß 1983 Italien im Export an der erwarteten Konjunkturbelebung im OECD-Raum nicht voll partizipieren kann. Zusätzlich trifft Italien der Nachfrageausfall in den OPEC-Ländern besonders stark, da der Anteil der OPEC an den Gesamtexporten Italiens mit 14½% überproportional hoch ist. Erst 1984 wird mit einer leichten Exportbelebung gerechnet. Infolge der schwachen Inlandsnachfrage werden sich die Importe ähnlich wie die Exporte entwickeln; vom Außenbeitrag ist daher in beiden Jahren kein Impuls auf das BIP-Wachstum zu erwarten. Die zunehmend positive Entwicklung der Terms of Trade wird aber dazu führen, daß die Defizite in der Handels- und Leistungsbilanz verringert werden können. Die Arbeitslosigkeit wird angesichts der schwachen Konjunkturbelebung im kommenden Jahr weiter steigen und Ende 1984 mehr als 10% erreichen. Die Inflationsrate wird zwar sinken, aber zweistellig bleiben.

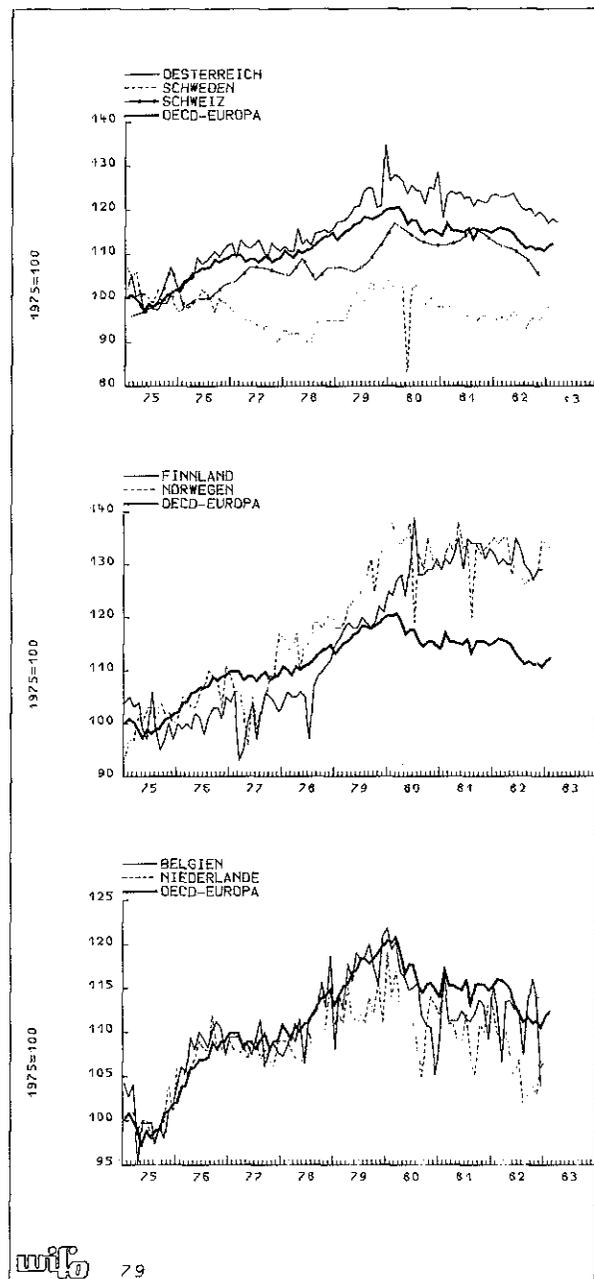
**Verzögerter Konjunkturaufschwung in den Kleinstaaten**

Die Hoffnung der kleinen Länder richtet sich im wesentlichen auf die Konjunkturentwicklung in den großen Ländern. Dies gilt umso mehr für Länder, die außenwirtschaftlich mit größeren Industrieländern sehr eng verflochten sind, wie etwa die Benelux-Länder mit der BRD und Frankreich, die skandinavischen Länder mit Großbritannien und den USA, Irland mit Großbritannien, Österreich mit der BRD. Da in der vorliegenden Prognose davon ausgegangen wird, daß sich die beginnende Konjunkturbelebung in den Ländern, die innerhalb der OECD als "Konjunkturlokomotive" fungieren, im Laufe dieses Jahres festigen und 1984 in einen selbsttragenden Konjunkturaufschwung einmünden wird, ist auch damit zu rechnen, daß die kleinen Länder davon profitieren werden. 1982 war die Entwicklung des realen BIP (+½%) in den kleinen Ländern insgesamt etwas günstiger als in den großen Ländern (-½%). Für 1983 und 1984 wird angenommen, daß die Konjunktur in den großen Län-

dern insgesamt (1983 +2%, 1984 +3½%) etwas kräftiger anziehen wird als in den kleinen Ländern (+½% und +2½%). Mittelfristig hat sich das Wirtschaftswachstum in beiden Länderblöcken deutlich abgeschwächt (von etwa 5% im Jahresdurchschnitt 1966 bis 1973 auf etwas mehr als 2% zwischen 1974 und 1981). Auch der für die nächsten 1½ Jahre prognostizierte Konjunkturaufschwung fügt sich in das Bild der niedrigeren Wachstumsraten der siebziger Jahre und hebt sich von den Aufschwungsphasen in den sechziger Jahren deutlich ab (Übersicht 1).

Abbildung 9

**Industrieproduktion kleiner OECD-Länder**  
Saisonbereinigt



Während der Konjunkturaufschwung in den großen Ländern vorwiegend von der Belebung der *Inlandsnachfrage* getragen sein wird, ist in den kleinen Ländern insgesamt zumindest 1983 von der Inlandsnachfrage und vom Lageraufbau kein Wachstumsimpuls zu erwarten. Das geringfügige Wachstum des realen BIP von  $\frac{1}{2}\%$  resultiert aus einem positiven Außenbeitrag. Dieser wird erreicht, wenn die großen Länder genügend zusätzliche Inlandsnachfrage und damit Importnachfrage schaffen, um den kleinen Ländern über vermehrte Exporte einen Wachstumsimpuls zu geben.

Die Einflußfaktoren und die Unsicherheiten, die hinter der gegenwärtigen Prognose stehen, sind für die großen und die kleinen Länder grundsätzlich die gleichen. Sie sind allerdings von Land zu Land unterschiedlich stark ausgeprägt. Gemeinsam sind den meisten kleinen Ländern auf Grund der hohen Defizite eine Politik der Budgetsanierung, ein immer noch relativ hohes reales Zinsniveau, das sie größtenteils von den großen Ländern übernommen hatten, eine schwache Realeinkommensentwicklung, zum Teil notwendige preisdämpfende Begleitmaßnahmen zu den Abwertungen in einigen Ländern (skandinavische Länder im Vorjahr, Spanien und Griechenland in diesem Jahr). Diese und weitere restriktive Faktoren verhindern einen autonomen Konjunkturaufschwung in den meisten kleinen Ländern.

Die *Leistungsbilanzdefizite* der kleinen Länder insgesamt werden 1983 und 1984 leicht abnehmen. In den großen Ländern wird sich, nach einer Aktivierung im Jahre 1983, im kommenden Jahr wieder eine Passivierung der Leistungsbilanzen ergeben, allerdings hauptsächlich wegen des großen Gewichtes der USA, deren Defizit stark steigen wird (Übersicht 8). Infolge eines insgesamt höheren Inflationssockels wird das nominelle BIP in den kleinen Ländern um etwa 3 Prozentpunkte stärker zunehmen als in den großen Ländern. 1984 wird das nominelle BIP in den großen Ländern voraussichtlich um etwas mehr als 8% (nach  $+7\frac{1}{2}\%$  1983) steigen, in den kleinen Ländern um  $11\frac{1}{2}\%$  (nach  $+10\frac{1}{2}\%$ ). Die *Inflationsrate* wird 1984 in den kleinen Ländern insgesamt auf  $8\frac{1}{2}\%$  (nach  $9\frac{1}{2}\%$  1983) zurückgehen, in den großen Ländern hingegen wieder leicht anziehen, auf 5,5% (nach 5%) (Übersicht 5). Im Gegensatz zu den großen Ländern, in denen sich die *Arbeitslosenrate* infolge des relativ kräftigen Wirtschaftswachstums auf etwa 9% stabilisieren wird, dürfte die Arbeitslosenrate in den kleinen Ländern infolge des unterdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums auch 1984 weiter steigen (auf fast 11%) (Übersicht 3).

Fritz Breuss